

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 125.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 25. Oktober 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die vierteljährliche
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Zur Situation.

Es gewinnt den Anschein, als ob nach und nach in den Kollegenkreisen eine ruhigere Betrachtung der Sachlage eintritt. Und es würden auch die letzten Zweifel zerstreut werden, wenn die von uns seit Jahr und Tag im „Korr.“ niedergelegten Resultate einer objektiven Betrachtung des wirtschaftlichen und gewerblichen Lebens bei der Kollegenchaft die notwendige Beachtung gefunden hätten. Wir können uns keinen Vorwurf machen, etwas versäumt zu haben, was dazu dienen konnte, das Verständnis der Kollegen für eine intimere Würdigung bestimmter wirtschaftlicher und sozialer Tatsachen zu erwecken und zu festigen. Statt dessen verschließt man zum Teile mit Absicht die Augen, um nur nicht zu sehen, was ein willkürliches Urteil irriteren könnte, während andererseits die verantwortungsvollen Leiter der Organisation gerade das umgekehrte Verfahren einzuschlagen verpflichtet sind. Daraus ergeben sich dann die Differenzen in der Beurteilung des neuen Tarifvertrags zwischen Leitung und einem erheblichen Teile der Mitglieder. Der Verband der Deutschen Buchdrucker — wir dürfen das sagen, ohne unbescheiden zu sein — braucht nicht darüber zu klagen, seine gegenwärtigen Führer zu haben, die lieber seit Jahren aus dem eignen Lager die schwersten Vorwürfe und die gemeinsten Beschimpfungen aus den Kreisen der Sozialdemokratie über sich ergehen lassen, als ihre bessere, auf Tatsachen gegründete Ueberzeugung Stimmungen und Strömungen zu opfern. Schrieb uns doch dieser Tage ein bekannter Arbeiterführer: „Streiken hättet Ihr müssen, und hätten Eure Mitglieder nachher nichts zu fr. . . . gehabt, so wären sie doch tüchtige Kerle und zielbewusste Klassenkämpfer gewesen.“ Das ist richtig, und kein Hahn hätte nach den Buchdruckern gekräht, wenn ihre Leitung, den ersten Aufwallungen der Opposition folgend, ihr in der Verwerfung der neuen Abmachungen gefolgt wäre, und mit der Anwendung der Ultima ratio Sieger und Besiegte vor ein in seinen Grundfesten erschüttertes Gewerbe, quasi vor ein brennendes Moskau gestellt hätte.

Die Pfade einer so großen Organisation sind detart verschlungene, daß man sich mit einer mechanischen Formel nicht auf ihnen zurecht findet. Theoretische Anschauungen, praktische Arbeit, lokale und psychologische Momente, politische, ja sogar Fragen des Konfessionalismus kennzeichnen den Grund und Boden, auf dem sich der Verband bewegen muß. Und so viele Köpfe, so viele Sinne. Bei der Beurteilung eines Vorganges, wie ihn die neuesten Ergebnisse im Gewerbe darstellen, ist es nicht ein Punkt, der zur Kritik steht, sondern alle die angezogenen Momente sind bei der Schöpfung des Urteils mit maßgebend, wobei gewöhnlich die Hauptsache vergessen wird. Darum ist es auch so schwer, zu einer Einigung über den Tarifvertrag zu kommen, weil man von dem rein wirtschaftlichen Boden abirrt und vor allem das Gebiet der theoretischen Spekulation betritt. Da gibt es dann kein Halten mehr auf der schiefen Ebene. Das so außerordentlich bunt gehaltene Urteil bei den Gegnern der neuen Tarifergebnisse beweist dies aufs schlagendste. Was der eine gut heißt, verwirft der andre und umgekehrt. Vertikale Verhältnisse, ja nicht selten das persönliche Arbeitsverhältnis be-

stimmen Kritik und Urteil. Und das Ende vom Biede ist nicht Klarheit, sondern Verwirrung. Man betrachte nur einmal die beiden Versammlungen in Frankfurt a. M. Die eine stimmt den Abmachungen zu, die andre, acht Tage später, verwirft sie! Kann ein derart zustande gekommenes Urteil imponieren, und kann man sagen, daß die Frankfurter Kollegen nunmehr berufen sind, mit der Klarheit ihres Urteils die Führung im Verbands in die Hand zu nehmen? Unsere Kollegen in Rostock verwarfen den neuen Tarif, ohne zu überlegen, daß erst mit diesem sie dort festen Fuß fassen können, wo es ihnen seit Jahren nicht gelang. Und dürfte man vielleicht nicht auch in Köln etwas in die Vergangenheit blicken, um daraus für die Zukunft zu lernen? Daß Forst i. L., Trebbin und Bosen den Tarif abgelehnt haben, ist uns erklärlich, und wäre es schade um jedes Wort, daß die damit erzielte Wirkung abschwächen könnte.

Erfreulich ist, daß die im ersten Feuer gegen den neuen Tarif gestandenen sozialdemokratischen Blätter resigniert die Hoffnungslosigkeit ihrer viel-ebenen Bemühungen erkennen. „Vorwärts“ wie „Leipziger Volkszeitung“ hufen ganze Pferdebelangen zurück — weil die Trauben zu sauer sind. Wie ein Donnerkeil, flog jenen Organen der Leipziger Beschluß in die Rippen, und wortwörtlich ist eingetroffen, was wir in Nr. 121 schrieben, daß man die Kollegen in Berlin und Leipzig vor den entscheidenden Versammlungen bearbeitete, um „dann hinterher mit den unfähigsten Beschimpfungen über diese selben Kollegen herzufallen“, wenn die Beschlußfassung den gesofften Erwartungen nicht entsprechen sollte. Die „Leipziger Volkszeitung“ schimpft denn jetzt auch über die örtliche Zeitung und einzelne Versammlungsredner, was das Zeug hält; hatte sie doch geglaubt, gerade in Leipzig auf Grund bestimmter Verhältnisse das Wort „Divide et impera“ sich nutzbar machen zu können. Und nun diesen für sie so schmähtlichen Reinfall! Nicht aufschreien, nein aufbrüllen möchte man vor Aerger, so glatt rasiert worden zu sein — und, die Verhältnisse liegen für uns heute günstiger als 1896“, äußerte vor kurzem noch eine zielbewusste Leuchte in der Redaktion des Organs für Sauerbenton und Verwandtes.

Am der historischen Tatsachen willen ist es interessant, wie das Organ in der Tauchaerstraße schon nach der ersten Leipziger Versammlung gewütet hatte, weil es befürchtete, daß ohne Stimmungsmache der Tarif in Leipzig angenommen werden würde. Damals schrieb die „L. B.“ unter andern:

„In Leipzig aber werden die Gehilfen mit ihren Vertrauensleuten noch extra ein Wörtchen zu reden haben, brachte es doch die Zeitung der letzten Sausjour-Versammlung fertig, ein Telegramm der Berliner Kollegen, das die Leipziger Kollegen aufforderte, den Tarif abzulehnen, zu unterschlagen.“

Auf diese perfide Behauptung hin sandte der Leipziger Gauvorstand der „L. B.“ folgende

Erklärung: In Nr. 234 (9. Oktober) der „Leipziger Volkszeitung“ befindet sich ein Artikel, welcher sich mit den Ergebnissen der Revision des deutschen Buchdrucker-tarifbeschlusses beschäftigt. Der Artikelschreiber, welcher vielleicht in Buchdruckerkreisen zu suchen sein dürfte, begnügt sich nicht damit, eine sachliche Kritik zu üben, sondern gefüllt sich darin, die Vertreter der Buchdruckergehilfen in ganz unqualifizierter Weise zu

verdächtigen und zu verleumden. Weil die Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen nicht das zu erreichen vermochten, was von der Gehilfenschaft beantragt war, sondern nur mit einer 10prozentigen Löhnerhöhung nach Hause kamen, werden die Vertreter der Gehilfenschaft den Lesern der „Volkszeitung“ als Verräter ihrer Kollegen und Klassenangehörigen vorgestellt. Die Mißstimmung gegen die Gehilfenvertreter, die ihre Auftraggeber geradezu verraten und verkauft haben, ist allgemein, so ruft in sittlicher Entrüstung der Artikelschreiber aus. Wenn sich der Artikelschreiber gegen die Unternehmer entrüstet haben würde, hätten wir nichts einzuwenden. Wenn er aber die Vertreter der Arbeiter, die im Bewußtsein ihres Verantwortlichkeitsgefühls das getan, was sie glaubten als ehrliche Männer tun zu müssen, als Verräter und gekaufte Subjekte hinstellt, so müssen wir — als die geschäftsführende Körperschaft der hiesigen Verbandsbuchdrucker — gegen diese Verdächtigungen und Verleumdungen ganz entschieden Protest einlegen. Der ganze Komödie setzt indes der Artikelschreiber die Krone auf — um mit dem Artikelschreiber selbst zu reden — indem er schreibt: „In Leipzig aber werden die Gehilfen mit ihren Vertrauensleuten noch extra ein Wörtchen zu reden haben, brachte es doch die Zeitung der letzten Sausjour-Versammlung fertig, ein Telegramm der Berliner Kollegen, das die Leipziger Kollegen aufforderte, den Tarif abzulehnen, zu unterschlagen! Die Versammlungsleitung wird also beauftragt, Telegramme unterschlagen zu haben, durch welche die Versammlung aufgefordert wurde, den Tarif abzulehnen. Diese völlig aus der Luft gegriffene Behauptung müssen wir als eine Infamie bezeichnen, berechnen darauf, unsere Kollegen irreführen und dieselben gegen den Unterzeichneten zu verhetzen. Wir konnten keine der erwähnten Telegramme unterschlagen, da diesbezügliche Telegramme nicht in unsere Hände gelangt sind. Unsern Kollegen gegenüber werden wir aber an geeigneter Stelle an Hand von Beweisen den Nachweis erbringen, daß die Behauptungen des Artikelschreibers nur das Produkt von Verdächtigungen und Verleumdungen sind.“

Der Gesamtvorstand des Gaues Leipzig.
(Verband der Deutschen Buchdrucker.)
Bei den Ueberrmenschen in der „L. B.“ machte natürlich diese Erklärung gar keinen Eindruck, wie aus folgenden Zeilen hervorgeht:

Anmerk. der Redaktion der „Leipz. Volksztg.“. Obwohl uns die beliebige Form der Erklärung das Recht gäbe, die Subel des Leipziger Gauvorstandes in unserm Redaktionspapierkorbe verschwinden zu lassen, haben wir doch das Schriftstück in vollem Umfange abgedruckt. Wir begnügen uns mit der Bemerkung, daß wir den angeführten Artikel Wort für Wort aufrecht erhalten.

Der Leipziger Gauvorstand wird sich diese Verleumdungen nicht gefallen und bei den entsprechenden Instanzen feststellen lassen, ob eine Gewerkschaft in Leipzig nur dann über die nötige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit verfügt, wenn sie nach der Pfeife der „L. B.“ tanzt. Der Ausgang dieser Sache wird für das genannte Organ ebenso ruhmvoll sein wie seine „Erfolge“ bei der gegenwärtigen Tarifbewegung der Buchdrucker. Ebenfalls um der historischen Tatsache willen sei erwähnt, daß trotz des schandvollen Wütens gegen die Buchdrucker sich immer noch Leipziger Kollegen finden, die in der „L. B.“ ihre eignen Kollegen beschimpfen und die Heze des fraglichen Papiers gegen die Buchdrucker unterstützen. Freilich tun dies die Betreffenden unter dem Mantel der Anonymität, wodurch diese „Kollegen“ ihren „Radikalismus“ aufs beste illustrieren. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung kann diese Prostitution bloß bei den Buchdruckern feststellen.

Vorläufig dürfte dieses Kapitel für uns abgeschlossen sein, und es bleibt uns zunächst nur übrig, diejenigen Stimmen aus Kollegenkreisen zum Ab-

drucke zu bringen, welche sich — sei es für, sei es gegen — über den neuen Tarif im „Korr.“ äußern wollen. Wir werden dann im einzelnen auf die ganze Materie noch eingehen. Zum Schlusse sei noch registriert, inwieweit der Tarif bisher Zustimmung oder Ablehnung in Kollegenkreisen gefunden hat.

Den tariflichen Abmachungen haben ihre Zustimmung erteilt: Leipzig, München, Frankfurt am Main, Stettin, Barmen, Bremen, Ludwigsburg, Breslau (einstimmig), Hamburg, Hannover, Lindeburg, Dresden, Kassel, Danzig, Weimar, Freiburg, Regensburg, Wschaffenburg, Gießen, Göttingen, Uns-bach, Ulm, Mühlhausen i. G., Beuthen, Erfurt, Meerane i. S., Göttingen, Ravensburg, Kiel, Mühlberg, Fürth, Würzburg, Augsburg, Magdeburg, Altenburg, Bayreuth, Potsdam-Neubabelsberg, Bamberg, Wiesbaden, Offenbach a. M., Mainz, Raumburg, Quedlinburg, Burg b. M., Waldenburg, Halberstadt, Hirschberg i. Schl., Neuruppin, Graudenz, Offenburg i. B., Lübeck (einstimmig), Nordhausen, Halle a. S., Krefeld, Naechen, Waldshut, Kolmar, Schweinfurt, Posen, Rötten, Jena, Saalfeld, Rudolfs-tadt, Chemnitz, Burgstädt, Frankenberg, Mjcherleben, Hohenstein, Gaimich, Limbach, Zugau, Lichtenstein, Mittweida, Penig, Waldheim, Thum, Schopau, Bezirk Brandenburg a. G. (einstimmig), Billingen, Schwerin i. M., Dessau, Alsen, Ellwangen, Gmünd, Heidenheim, Nördlingen, Tübingen, Neutlingen, Kottweil, Tutlingen, Freudenstadt, Schneeberg, Oberndorf, Schwennigen, Spaichingen, Trossingen, Wiberach, Heidenheim, Saulgau, Waigen, Landau, Zittau (einstimmig), Gotha, Apenrade, Bezirk Glogau (einstimmig), Bezirk Sangerhausen, Anklam (ein-stimmig), Hann.-Münden, Marburg, Ursberg, Straubing, Greiz, Wittenberg, Landsbut, Eßlingen, Uelzen, Oldenburg, Bad Nauheim, Bahr, Hohen-salza, Verndburg, Kottbus, Frankfurt a. O., Freiberg i. S., Gröitz, Bezirk Neisse, Bezirk St. Johann-Saarbrücken (einstimmig), Braunschweig und Elbit.

Abgelehnt haben die Vereinbarungen: Berlin, Strahburg i. G., Karlsruhe, Mannheim, Essen, Pforzheim, Duisburg, Bochum, Düsseldorf, Bielefeld, Heidelberg, Königsberg i. Pr., Jossen, Forst i. S., Konstanz, Schleswig, Meß, Trebbin, Spandau, Silberbrarup, Oberfeld, Frankfurt a. M., Klostod.

Die tariffreien Druckereien des Deutschen Reiches am 1. Mai 1906

im Lichte des von der Geschäftsführung der wirtschaftlichen Vereine an der Saar, St. Johann, Königin Luiseustraße 33, herausgegebenen Verzeichnisses.

Ich habe mir die Mühe genommen, dieses „nach den neuesten Quellen“ bearbeitete Verzeichnis etwas näher anzusehen, und ich muß sagen, daß meine Erwartungen aufs höchste übertroffen worden sind, nämlich in bezug auf die Plunkerei, die mit diesem Verzeichnisse verübt worden ist. Ich werde in folgendem nachweisen, daß bei der Zusammenstellung dieses Verzeichnisses mit einer geradezu standalösen Leichtfertigkeit verfahren worden ist, wenn man überhaupt eine so milde Beurteilung dieses Nachwertes gelten lassen soll. Eher wäre schon die Meinung berechtigt, daß hier mit einer gewissen Absicht eine höchst liebliche Arbeit geliefert worden ist, und zwar deshalb, um durch den Umfang des Verzeichnisses nachweisen zu können, wieviel tariffreie Druckereien trotz des Umfanges der Tarifgemeinschaft noch vorhanden sind.

Das Verzeichnis ist, soweit mir bekannt, an die Arbeitgeberverbände und wahrscheinlich auch an die Behörden zur Besendung gelangt, zu dem löblichen Zwecke, die tariffreien Druckereien für die Folge zu schädigen. Das Verzeichnis trägt auf seinem Titel ja auch die folgende höchstnennende Ankündigung:

Solange im Deutschen Reich staatliche und städtische Behörden die freien Druckereien durch förmliche Erlasse boykottieren, solange ist es Pflicht aller deren, welche die Freiheit des Arbeitsvertrags hochhalten, diesen Boykott dadurch zu beantworten, daß sie bei Vergabung ihrer Druckarbeiten in erster Linie stets freie Druckereien berücksichtigen.

Soweit diese behördlichen Boykotte den Zweck haben, die freien Druckereien zum Beitritte in die Tarifver-

einigung der Druckereien zu veranlassen, soweit bedroht der § 153 der Reichsgewerbeordnung ihre Urheber mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten, und soweit sind sie durch eine einfache Anzeige bei der Staatsanwaltschaft sofort zu beseitigen. Gegen behördliche Boykott-erlasse, bei welchen dieser Zweck nicht nachweisbar ist, gibt es aber kein andres Mittel als den Gegenboykott, welcher ihre Wirkungen praktisch aufhebt.

Auf diese Auslassung nach seiner praktischen und rechtlichen Wirkung einzugehen, ist heute nicht mein Wille, sondern ich will nur zeigen, daß dieses von Herrn Dr. Lilla herausgegebene oder von ihm veranlaßte Verzeichnis alles andere ist, als ein Verzeichnis von Druckereien. Die Prüfung hierauf habe ich zunächst nur an Berlin machen können und hierbei ergab sich das folgende überraschende Resultat, das die Arbeit der Tarifgegner in einem sehr zweifelhaften Lichte erscheinen läßt.

Berliner Firmen sind in jenem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien nämlich enthalten: 242! Davon sind

- 149 Firmen überhaupt keine Buchdruckereien,
- 12 „ beschäftigten niemals Gehilfen,
- 41 „ zusammen 61 Gehilfen,
- 21 „ sind seit langer Zeit erloschen und
- 19 „ mit 550 Gehilfen sind tariffrei und werden zumeist seit zehn Jahren in unserm Verzeichnisse der tariffreien Firmen geführt!

Und das nennt der Herausgeber jenes Verzeichnisses als „nach den neuesten Quellen bearbeitet!“

Nach flüchtiger Durchsicht des Gesamtverzeichnisses habe ich etwa 200 weitere Firmen entdeckt, die größtenteils ebenfalls seit zehn Jahren tariffrei sind und etwa 2000 Gehilfen beschäftigen. Ich führe da nur einzelne an; z. B.

- Bruckmann- und Mühlthaler-München;
- Neue Hamburger Zeitung, Schröder & Jende-Hamburg;
- Meyerische Hofbuchdruckerei-Detmold;
- Berliner Bärenzeitung, J. G. Ernst u. F. Junck-
- Jimbreg & Lesson, Möller, Nauische Buch-
- druckerei, Georg Reimer, Siegfried Scholem,
- Gaasenstejn & Vogler-Berlin;
- in Rathenow sämtliche Druckereien;
- Oldemeyer, Wasserkampf & Robby, Postanz-
- Hannover;
- Mainzer Volkszeitung-Mainz; dieser Firma ist
- ausnahmsweise noch hinzugefügt: (sozialdemo-
- kratisch!);
- Frankfurter Neueste Nachrichten, Klimschs Druckerei,
- Frankfurt a. M.;
- Dieß Nachf.-Stuttgart;
- Dresdner Neueste Nachrichten-Dresden;
- sämtliche Göttinger Druckereien, sechs an der
- Zahl usw. usw.

Und wie groß ist die Zahl derjenigen Firmen, die überhaupt nicht mehr bestehen, zum Teile schon seit Jahren erloschen sind!

Gegenüber dieser ganz willkürlichen Zusammenstellung sogenannter tariffreien Druckereien ist die Frage am Platze, ob die Inhaber der tariffreien Druckereien, soweit sie in diesem Verzeichnisse widerrechtlich enthalten sind, nicht das Recht haben, den Herausgeber desselben zur Verantwortung zu ziehen. Das Verzeichnis ist ein öffentliches Dokument und ist zu dem Zwecke verbreitet worden, nachzuweisen, welche Druckereien nicht zur Tarifgemeinschaft gehören. Da die Zahl derjenigen Auftragsgeber nicht gering ist, die ihre Arbeit nur in tariffreien Druckereien hergestellt haben wissen wollen, so ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß durch die Verbreitung dieses gegnerischen Verzeichnisses den tariffreien Firmen Aufträge entzogen werden oder schon entzogen worden sind. Sache der betreffenden Firmen dürfte es deshalb sein, sich gegen diese rechtswidrige Unterstellung zur Wehr zu setzen und einen Widerruf zu verlangen. Ob sich ferner hieraus noch weitere Rechtsansprüche herleiten lassen, ist eine Sache, die von juristischer Seite der Erwägung wert erscheint.

Dringend notwendig ist es, daß zunächst sämtliche Kreisvertreter sich ein solches Verzeichnis vom eingangs erwähnten Herausgeber schicken

lassen und den Inhalt desselben an ihrem Tarif-kreise nachprüfen. Ich bin festest davon über-zeugt, daß dies mit demselben Resultate geschehen wird, wie sich dies bei Berlin ergeben hat. Unser aller Aufgabe wird es dann sein, in der Deffent-lichkeit zu bekunden, welch. frevelhaftes Spiel von seiten der Tarifgegner getrieben wird, wenn sie sich nicht scheuen, ein solches auf falschen Tatsachen beruhendes Dokument der Deffentlichkeit zu übergeben! Das ganze Bestreben jener Richtung und des von ihr ins Leben gerufenen Schutzverbandes gegen die Tarif-gemeinschaft geminnt hierdurch die richtige Beleuch-tung. Sache der Gehilfenschaft wird es besonders sein, in schärfster Form diesen Leuten gegenüber zu treten, und ihnen zu zeigen, daß ihre den gewerb-lichen Frieden störende Minterarbeit die Gehilfen-schaft einig in deren Abwehr finden wird. Darum aufgepaßt und rechtzeitig zugegriffen an allen Orten!

Berlin. Paul Schliebs.

Die Maulwürfe an der Arbeit.

Aus allen Gegenden Deutschlands kommen die Nachrichten, daß sie gewaltig wühlen und kragen: die Tarifgegner. Und es ist so interessant, sich dieselben anzusehen; um so interessanter, als die Zeit nichts an ihrer Art, an ihren Gewohnheiten geändert hat. Sie sind sich gleich geblieben; genau wie vor zehn Jahren tragen sie auch noch jetzt das schwarze, glänzende Fell der Arbeiterfreundlichkeit und — die Krallen, welche auf das untergrabende, wühlende Handwerk deuten, diese Krallen, die doch gar zu gern den Schmutz in Massen um sich werfen. O, es sind nicht etwa Kapitalisten, Druck-barone oder andere Unternehmern! Nein, bei denen muß man das ja natürlich finden, wenn sie aus Selbsterhaltung einen kulturellen Fortschritt zu hin-bern suchen. Nein, die, welche die Wurzeln unsrer schönen, sorglich gepflegten Blume, der Tarifgemein-schaft, unterwühlen, sind unsere Standesgenossen, sind auch Arbeiter, oder wollen es sein. Sie wollen ihr zühendes Herz der Arbeiterklasse am grünen Tische tagtäglich offenbaren und geben sich immer wieder die größte Mühe, das zu scheinen, was sie aber auch abfolut nicht sind, nämlich geistige Führer des Proletariates in der Misere des Gegenwarts-staates. Ich meine unsere lieben guten Freun-dinnen unter den sozialdemokratischen Zeitungen. Sie, die es sich seit ihrem Bestehen zur Lebensauf-gabe machen, die Buchdrucker, ihr Organ und ihren Tarifvertrag zu besudeln. Nicht alle Arbeiterblätter, wohlgemerkt, sind ähnlich tätig, die Buchdrucker zu veruneintigen. Viele sind sich noch ihres Wahl-spruches: Proletarier aller Länder vereinigt euch! gut bewußt, und diese können hier auch nicht ge-meint sein. Aber jene netten Tierchen, unter denen die liebe Leipzigerin mit ihrem Gifthauche voran-steht, sollten sich doch einmal auf sich selbst be-sinnen, sollten sich ihres schändlichen Tuns doch einmal bewußt werden. J, Gott bewahre, fällt denen ja gar nicht ein. Sie haben ja genug Deckung unter den Arbeitern, unter den Buchdruckern leider sogar ebenfalls.

Der neue Tarifvertrag war eben abgeschlossen, da begannen sie sich zu fühlen, unsere Freunde, sie entdeckten ihr Herz. Was, 10 Proz. bloß, keine Arbeitszeitverkürzung, Beschränkung der Sozialzu-schlagsbewilligung, Verändern an den Sechsmaschinen, Kontrollzettel und — o seliger Taff-Bale-Entscheid! — bedingungslosle Hingabe unsrer Organisation, unsers Vermögens in die Hände der Tarifmischerer? Abien, Zukunftsstaat! Sie waren sprachlos, konsterniert. Das war noch nicht dagewesen, das war schlimmer als 1896. Wut Deibel über solche Veräter! Ekel er-saßte diese Herren Buchdrucker, die — das Ueber-legen vergaßen, da ihnen das Bewußtsein abhanden gekommen war, daß sie nur fordernde und antrag-stellende, nicht aber bestimmende und festsetzende Kontrahenten in der Tarifgemeinschaft sind. Sie übersehen und ignorieren vollständig, daß auch unsere berufenen Vertreter gern, sehr gern mehr ge-nommen hätten, und daß die Prinzipale mit größter Freude halb soviel gegeben und schärfere Bestimm-ungen gewünscht hätten.

Diese Kollegen, diese Blätter, beide beachten absichtlich nicht die Konstellation des Gewerbes in der Provinz; sie wollen die Schwierigkeiten der Einführung auch der geringsten Erhöhung des laufenden Tarifes nicht gelten lassen und schreiben nur, um so ihre Gefühle in vernunftwidriger Weise zu äußern. Ruhig und sachlich diskutieren, wozu denn? Das macht ja doch keinen Spaß. Die da oben, die sollen schwitzen, sie haben ja längst vergessen, wie einem Arbeiter in der Fron zumute ist. In den schlimmsten Tonarten ging das Oppositionskongert an und wird auch wohl noch eine Weile dauern.

Schon hat der „verräterische“ Zentralvorstand und die „schurkische“ „Korr.“-Redaktion das möglichste getan, um sich der Fügigen zu erwehren, und äußerst ruhige Artikel über die Situation haben zur Klärung in der großen Masse beigetragen, auch hat die Redaktion des „Korr.“ die zwei Hauptthemen auf dem Schlachtfelde ordentlich „aus den Lumpen geschüttelt“. Doch kann leider konstatiert werden, daß, trotzdem auch jetzt wieder Zentralvorstand, Gehilfenvertreter und Redaktion fortgesetzt mit den ärgsten Beschimpfungen regaliert werden, sich bisher kein Kollege gefunden hat, der das Wort ergriff um Schutze unserer von uns gewählten Funktionäre. Das sieht beinahe so aus, als ob die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Schmähsucht recht hätte, als ob die Buchdrucker im Lande draußen einverstanden wären mit dieser Art des Kampfes, des Diskutierens. Ich sage nein, und das soll hierdurch seinen Ausdruck finden.

Machen wir uns doch das Leben nicht selber schwer, es ist's ja ohnehin schon. Die Mehrzahl der Buchdruckerversammlungen haben sich mit den abgeschlossenen Verträgen einverstanden erklärt und nur die ganz besonders oppositionell durchgesetzten Kreise haben das Vereinbarte entristet zurückgewiesen. Ob sich diese Kollegen genau überlegt haben, wo das „Hic Rhodus, hic salta“ liegt, ich meine, bis zu welchem Grade die Bestimmungen temperiert werden müssen, um die Befriedigung aller, aber auch aller zu erreichen? Sind sich diese Kollegen auch klar darüber, ob sich eventuell erhöhte Bestimmungen zugunsten der Gehilfen auch realisieren lassen? Ich glaube nein! Wie ich auch weiter der Ansicht bin, daß wohl die wenigsten jener Kollegen schon in der Lage waren, in der Provinz die Einführung des Tarifes zu ermöglichen. Und daß die Provinzkollegen der Verbesserungen des Tarifes teilhaftig werden, wollen doch wohl auch diese Kollegen der Großstädte; wo nicht, dann zeigt sie ja den Egoismus in schärfster Konzentrierung. Aber über das „Was und Wie“ des Tarifes hat ja die Redaktion des „Korr.“ genug gesagt, und ich wollte ja nur dagegen protestieren, daß unfrer Organisation und deren Leiter Steine in den Weg des sozialen Fortschrittes geworfen werden.

Der „Vorwärts“ hat in sachlicher Weise den Tarif nach seinen Ansichten zerpflückt und nur das Gerippe übrig gelassen, diese Knochen unter Spott und Hohn einigen Fanatikern hingeworfen, die mit wahrer Freude die letzten Worte zerfetzten. Das ging ja noch, dagegen läßt sich noch disputieren, und man kann mit den nötigen Gegenbeweisen, an denen es der „Korr.“ nicht hat fehlen lassen, dieses Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei ad absurdum führen. Aber in Leipzig, im schönen Leipzig, dem für Stände historische Pleiadenstädte, da ist das Organ für wahre Brüderlichkeit, für echte Menschenliebe: die „Leipziger Volkszeitung“. Bis an den Hals hinauf vollgepropp mit den schönsten Bendants des anständigen deutschen Wortschages, suchen sich Redakteure und Mitarbeiter in der Anwendung ihrer hervorragenden Eigenschaften zu übertreffen. Der Tarif ist in seiner neuen Gestalt ein Machwerk von „Verrätern“ usw. nach ihrer Ansicht, ja noch viel mehr. Wieder einmal steht es in ihren Spalten, daß die Buchdrucker es endlich satt haben, die Zeitung über sich zu fühlen; die Redakteure, der Vorstand, sie müssen herunter von ihren Sesseln, sie müssen zum Vortheil der Organisation einer bessern Zeitung Platz machen. Wer lacht da? Ich lache, und die Mehr-

zahl der Buchdrucker lacht ganz unbändig über die krankhaften Bemühungen der lieben Buchdruckerfreundin, den Personen unserer Führung den Boden zu entziehen. Liebe gute Leipzigerin, du würdest dem nachfolgenden Zentralvorstande und einer anderen Redaktion genau so den Schmutz nachwerfen, als jetzt! Das ist dein Lebenszweck und du würdest eingehen, wenn du die Buchdrucker nicht anpöbeln könntest. Darum glauben die Kollegen im Lande draußen auch nicht an deine Prophetengabe, die du jetzt kassandrisch entwickeln möchtest, und sie meinen auch, daß die Heranziehung des sich wie ein Clowm gebenden Kollegen Drewes wohl nur geschah, weil er ein „psychologisches Mäffel“ ist.

Die Verbandsmitglieder, die sich noch in dem Sturme ihr klares, gesundes Empfinden gemahnt haben, werden mit mir der Ansicht sein, daß der schärfste Ausdruck des Protestes gegenüber solchem arbeiterfeindlichen Benehmen angebracht ist. Sie werden ferner mit mir der Ansicht sein, daß nur ein ganz engbegrenzter, kleiner Kreis die Anschauungen der „Leipziger Volkszeitung“ unterstützt, und daß die große Menge der Kollegen Deutschlands sich durch diese schmutzigen Manipulationen nicht das Bewußtsein nehmen läßt, daß der neue Tarif eine Verbesserung ihrer Lage bedeutet. Vielleicht, will ich noch einfügen, können die Kollegen der Parteibetriebe am längsten warten auf die zehnprozentige Lohnerhöhung, denn sie haben ja alle schon 3 Mk. und mehr über das Minimum. Denn es ist ja schon oft den Kollegen in diesen Druckereien gesagt: Wir sind ebenfalls ein kapitalistischer Betrieb! Also darum abwarten, liebe Volkszeitung, vielleicht hört man nach dem 1. Januar aus verschiedenen Parteidruckereien, daß es Schwierigkeiten gekostet hat, auch nur eine Mark für die Buchdrucker mehr zu erlangen!

Unsern Zentralvorstand, unsere Gehilfenvertreter und unsere Redakteure wollen wir aber nur recht schön behalten, denn es werden sich nicht Kollegen finden lassen, die mit dreifacher Stirn behaupten, wir machen es besser. Und wenn wir in unseren Wünschen nicht so zufrieden gestellt sind, als die Erwartungen waren, so geben wir doch dem nicht Ausdruck durch Unflätigkeiten, sondern äußern uns ruhig und sachlich, nach reiflicher Ueberlegung und Abwägung der gegebenen Verhältnisse. Dann werden wir mit uns selbst zufrieden sein und können hoffen, daß die ehrliche Arbeit unserer Vertreter Früchte trägt für die Zukunft, zum Besten unserer Organisation und des ganzen Gewerbes.

M.

Cr.

Ein Mahnwort.

Wenn ich nun in einigen Zeilen den Versuch mache, die deutsche Kollegenchaft zu warnen vor dem demagogischen Treiben einiger Jungbunnenblätter, genannt „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“, so kann ich es nicht unterlassen, unfrer Redaktion und dem Verbandsvorstande einen großen Teil der Schuld beizumessen. Sie beide sind daran Schuld, daß solche Dinge jetzt eintreten. Hätte man im Vereine mit den Blättern der sozialdemokratischen Partei (zu letzterer zählen obengenannte Blätter nicht, was auszuführen im Interesse der Partei selbst liegt) so Front gemacht, daß man nicht mit Glacéhandschuhen gekämpft hätte und aus „tatsächlichen Gründen“ Stimmen gegen diese Art Parteiblätter im „Korr.“ unterdrückt hätte, es wäre anders gekommen. Man hätte uns in Ruhe gelassen, genau so in Ruhe gelassen, wie man andere Gewerkschaften — freie, der General同盟insoin angeschlossene — in Ruhe läßt, die vor Jahren schon das Gleiche taten, was wir Buchdrucker jetzt tun. Glaubt vielleicht die Redaktion des „Korr.“, die Rede Webels über den Generalfreist in Mannheim ist eine Frucht der vielen Artikel ihrerseits, die sie über die Unmöglichkeit des Generalfreist, wie man ihn 1905 in Jena sich dachte, schrieb? O nein! Die scharfe, jeden Zweifel ausschließende Sprache an derer Gewerkschaften über den Generalfreist veranlaßte Webel zu einer „Revision“ seiner Ansicht. Und wer waren die ärgsten Schreiber für den Generalfreist? Jene Leute, die selbst keine Arbeiter sind, die nie den Hovel, den Meißel usw. in der Hand hatten, sondern von ihrem Studierzimmer aus die Arbeiter „glücklich“ machen wollen. Die Redaktion des „Korr.“ vergaß die Vorkommnisse von 1891/92, wo uns die Partei elendiglich in den Fingern im Stiche ließ. Später unterzog man auch diese bewährte Taktik einer „Revision“ von seiten der Partei und ließ anderen Gewerkschaften Geld. Ferner hat die Redaktion des „Korr.“ und mit ihr viele Buchdrucker die Vorkommnisse in der „Leipziger Volkszeitung“ bei Ausbruch jenes Streiks ganz vergessen. Die „Leipziger Volkszeitung“ verschonte selbst den alten ehrwürdigen

Webel nicht und zwang ihn, den Streikbruch in ein sozialdemokratisches Martyrium umzuwandeln. Wer Webel kennt, der kann ersehen, wie ihn diese Verleugung aller Prinzipien geschnürt haben mag. Doch auch er mußte sich vor den Mehring und Genossen beugen. 1905, beim Medaktionsstreit in der „Vorwärts“-Druckerei, ging die Sanktionierung des Streikbuchs schon leichter. Darum schreibt auch jetzt der „Vorwärts“ (Nr. 237) siegesbewußt, daß es einen Streit in sozialdemokratischen Betrieben nicht mehr gibt, da sich viele Parteigenossen finden werden, um das Erdbeben der Parteigeitungen zu ermöglichen. Glücklicher Verband der Deutschen Buchdrucker! Von jetzt ab gibt es keine Streikbrecher mehr. Der eine Kollege begibt sich bei Ausbruch eines Streits in die „Vorwärts“-Druckerei, weil er guter Sozialdemokrat ist. Der andre Kollege, welcher guter rechtsstreuer Konserverativer ist und unmöglich zusehen kann, wenn der „Reichsbote“, das Leitblatt Sr. Hochwürden des Herrn Hofprediger Stöder, zu erscheinen aufhören würde, dieser arbeitet eben dort. Er ist belleibe kein Streikbrecher, seine Zugehörigkeit zur konservativen Partei zwingt ihn eben dazu, er stellt seine Parteiprinzipien über das Verbandsinteresse! Man sieht also, zu welchen ganz logischen Konsequenzen die Füge des „Vorwärts“ führen kann. Gibt es doch Buchdrucker, die um ihres bishigen Essens Halber jetzt schon als Redakteure in der Beschimpfung des Verbandes das Unglaublichste leisten.

Einen Faustschlag ins Gesicht versetzt der „Vorwärts“ aber allen organisierten Arbeitern dadurch, daß er höflich anfragt, ob er auch gezwungen werden solle, der Prinzipalsorganisation beizutreten. Den guten Sitten bei den Arbeitern entspricht es, organisiert zu sein. Mag der einzelne ein noch so anständiger Kerl sein und in der Werkstatt sich tadellos benehmen, er gilt doch dann erst als vollgültig, wenn er seinem Berufsvereine angehört. Von uns Arbeitern verlangt der „Vorwärts“, daß alle Arbeiter, mögen sie politisch schwarz oder rot gefärbt sein, als Mitglied ihrer Organisation angehören, und das mit Recht. Das ist „Vorwärts“-Theorie! In der Praxis nimmt der „Vorwärts“ (und das können sich verschiedene Parteidruckereien hinter die Ohren schreiben) einen andern Standpunkt ein. Wünscht jemand, den Grund hierfür zu wissen? Die Redaktion liefert in überzeugendster Weise an hundert von Benennungsgülden den Nachweis, daß jedermann es glauben muß und hinterher erklärt: „Ja, wenn es so ist, dann hat der „Unternehmer“ „Vorwärts“ ganz recht, wenn seine Geschäftsleitung nicht organisiert ist.“ Macht sich aber ein Arbeiter diese Gründe zu eigen und folgert daraus, daß dann auch er nicht seinem Verbandsangegehören brauche, dann liefern die „Vorwärts“-Redakteure wiederum den Beweis, daß sich eins nicht für alle scheidet und wieder, glaubt es der gläubige Arbeiter. Zum Glück gibt es innerhalb der Partei auch noch Parteiblätter, welche der Ansicht sind, daß es eine Naturnotwendigkeit ist, daß auch Parteigeschäfte beim Deutschen Buchdruckervereine sein müssen. Wie oft sind sie durch diese ihre Mitgliedschaft in die Lage versetzt, zugunsten der Gehilfen ihre Stimme in die Wagtschale zu werfen, oder sie können des öftern Maßnahmen, die gegen die Gehilfen sind, verhindern oder doch zum mindesten abschwächen. Wie gut wäre es für die Berliner Gehilfschaft gewesen, wenn der Geschäftsführer der „Vorwärts“-Druckerei im dortigen Prinzipalsvereine losgebrennt hätte gegen das Berechnen, Kontrolysystem und warm eingetreten wäre für 20 Prozent und halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit! Der „Vorwärts“ wird jedenfalls dem Prinzipalsvereine nunmehr beitreten. Hic Rhodus, hic salta!

Mit dem „Vorwärts“ über den Tarif zu diskutieren, ist leider momentan unmöglich, und bleibt es so lange, als gewisse Kleinigkeiten in der Druckerei noch nicht geregelt sind. Aber in den Redaktionsstuben des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ kennt man die Gutmütigkeit und Angeltlichkeit der Buchdrucker, welche darin gipfelt, ja nicht bei der Partei anzuklopfen, und darum erlaubt man sich dieses. Würde es diesen beiden Blättern ernst sein mit der Befreiung des Arbeiterlozes, so könnten sie doch ruhig die Wirkungen des neuen Tarifes abwarten. Das will aber der Brotgeber nicht! Als wir voriges Jahr unsere Vertreter zur Generalversammlung nach Dresden sandten, da hatten wir doch das feste Vertrauen, daß sie ihren Mund aufmachen würden, als bei dem Punkte der Tagesordnung, „Befreiung über die allgemeine und tarifliche Lage“ die Revision statt Kündigung des Tarifes beschlossen wurde, und mancher Delegierte wird ein andres Bild mit nach Hause genommen haben, manche Illusion wird da wohl bei vielen zerstört worden sein, als er die tarifliche Lage Deutschlands Revue passieren sah. Die rauhe Wirklichkeit im Wirtschaftsleben ist leider manchmal anders und die noch so berechtigten Wünsche des Arbeiters lassen sich eben absolut nicht mit Gewalt realisieren, es ist hierzu eine lange gewerkschaftliche Erziehung und Arbeit notwendig. Die Gewerkschaften der Gewerkschaften sprechen ein beredtes Bild davon, und es ist Pflicht eines ehlich denkenden Menschen, darauf aufmerksam zu machen, unbekümmert darum, ob es momentan der großen Menge angenehm ist oder nicht. Es gibt in Parteifreien sehr viele Genossen und Gewerkschaftsführer, die in zahlreichen Verhandlungen die Evolutionstheorie predigen, und unfrer Verbandsleitung ist seit 1896 auf dem richtigen Wege, denn sie hat diese Theorie konsequent und erfolgreich verfolgt. Als im Jahre 1896 sich viele tüchtige Verbandsmitglieder der Tarifsgewerkschaft gegenüber ablehnend verhielten, da war es vor allem die

„Leipziger Volkszeitung“, die systematisch die Massen verhehrt, und als sich das „Volk“ (d. h. die Generalversammlung) zu Halle mit großer Mehrheit für die Tarifgemeinschaft entschied, da piff das Organ für das werktätige Volk auf dieses Urteil. Hier galt nicht der Satz: vox populi, vox dei! Man protegierte einen Gafch und ließ ihn später, als er der Verhegungspolitik der „Leipziger Volkszeitung“ keinen Dienst mehr leisten konnte, fallen. Daß Verbandsmitglieder 1896 der Tarifgemeinschaft mit Mißtrauen gegenüberstanden, ist leicht erklärlich, denn die Taktik war damals ganz übertragend und neu gekommen. Ganz anders liegen aber die Sachen heute. Beanpruchten wir, daß andere uns für ehrlich halten, so müssen wir das selbstverständlich auch anderen — unseren Führern — gegenüber tun. Wie kann man solchen Blättern Glauben schenken, wenn sie vom Verrate sprechen. So geschieht sind wir Buchdrucker nun doch noch nicht, daß wir den neuen Tarif nebst Organisationsvertrag so im Handumdrehen und in der Aufwallung momentaner Unzufriedenheit in den Drucks verschwinden lassen. Nein, Kollegen; studieren wir den Tarif, und zwar genau, und wir werden ihm dann manche gute Seite abgewinnen können. Gewiß birgt der neue Tarif vieles, was uns Gehilfen keine Freude bereitet, aber ich glaube denn doch, daß es nun Pflicht jedes einzelnen Verbandsmitgliedes sein muß, dafür zu sorgen, daß der Tarif auch für ihn gilt und voll und ganz durchgeführt wird. An den Gehilfen liegt es in den meisten Fällen, ob der Prinzipal nur Respekt vor dem Verbands als solchen hat, oder ob er auch vor jedem einzelnen Respekt bekommt; das, Kollegen, ist der springende Punkt, dann wird der Tarif Leben atmen und die Mängel werden durch diese Kleinarbeit mit der Zeit beseitigt. Wir dürfen aber die Hände bis zum Jahre 1911 nicht in den Schoß legen, und wer hindert uns Gehilfen daran, einen „Klassenkampf“ auch innerhalb des jetzigen Tarifvertrages zu führen? Ja, als richtiges Verbandsmitglied soll man vom Prinzipale die genaue Innehaltung jedes einzelnen Paragraphen des Tarifes verlangen, und da gibt es für den einzelnen Übergenug zu kämpfen. Kollegen, gefallen uns einzelne Bestimmungen des neuen Tarifvertrages nicht, dann versuchen wir mit aller Ruhe und Entschiedenheit eine Verbesserung am Orte von unseren Prinzipalen zu erlangen; gehe jeder an den Ort, wo er seiner Meinung Ausdruck verleihen kann: in die Versammlung seines Ortsvereins. Helfe ein jeder mit zu raten und zu taten, und es wird besser werden. Hüthen wir uns aber, den Weg zu begehen, der uns durch Organe à la „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ gewiesen wird, ein vollständiger Zusammenbruch unseres Verbandes würde das Ende sein. Diesen Organen, bei denen zwischen Theorie und Praxis eine nie zu überbrückende Kluft besteht, Kopfe man tüchtig auf die Finger. Und wir Buchdrucker werden dann nicht nur ganz allein unsere häßlichen Angelegenheiten ordnen, sondern wir werden weiter wie bisher durchbringen sein von dem Geiste moderner Arbeiterbewegung.

Mürnberg.

W. K.

Der neue Tarif.

Es war einmal. Nämlich die Hoffnung, daß wir Buchdrucker endlich mal einen Tarif erhalten würden, der zu der Stärke und dem Ansehen unserer Organisation wenigstens einigermaßen im Verhältnis stände. Vorbei, begraben die Hoffnung auf weitere fünf Jahre. War das durch die Tagespresse sofort mitgeteilte Ergebnis der Verhandlungen noch dazu annehmbar, wenigstens bei einem Teile der Gehilfenchaft einige Befriedigung zu erwecken, so führt der „Korr.“ jetzt jedem Buchdrucker unsere furchtbare Niederlage um so deutlicher vor Augen. Daran ändern alle schönen Worte nichts, ungünstiger hätte kein Tarif abgeschlossen werden können. „Allen Beteiligten schwebte die hohe Verantwortung vor, die in ihre Hände gelegt war“, so schreibt der „Korr.“ Nun, die Gehilfenvertreter hatten zwei Verantwortungen, in allererster Linie die für das Wohl der Gehilfen und in zweiter das des Gewerbes. Aber hier war es umgekehrt: „Das Wohl des Gewerbes (lies: der Prinzipale) über alles“ war die Losung unserer Vertreter. Wie hätte es sonst möglich sein können, daß diese einem Antrage der Prinzipale zustimmten, den Gehilfen im ersten Jahre bare 18 Mark in die Hand zu drücken? Was soll ein Mensch mit 18 Mark in der Fremde anfangen? Nehmen wir z. B. eine kleine Stadt in Westfalen ohne Lokalauslag. Ein Logis mit Pension ist unter 12 Mark nicht zu finden, denn die Logismutter dürfte für den Staffeltarif der Buchdrucker wenig Verständnis zeigen. Ebenso die Behörde bei Eintreibung der Steuer. Die Wäsche kostet wöchentlich im Durchschnitt eine Mark, Stiefel müssen besohlt werden, Wäsche ergänzt und der Verbandsbeitrag muß ebenso pünktlich bezahlt werden. Und das von 18 Mark! Waren sich unsere Vertreter auch der hohen Verantwortung bewußt, als sie diese Kategorie der Gehilfen dem Glende und der Not überließen? Denn daß die Prinzipale diese Bestimmung weidlich ausnutzen werden, versteht sich von selbst. Es heißt nun, ein Gehilfe braucht solche Kondition nicht anzunehmen. Nun, glaubt uns denn der „Korr.“ weis machen zu können, daß es zu den Unmöglichkeiten gehört, daß die Prinzipale bereits über diesen Punkt einig sind, und keiner mehr gibt wie 18 Mk.? Wozu ist denn sonst der ganze Antrag? Das Glend greift jetzt in diese Klasse der Gehilfen ein, und so muß derjenige, der es verschuldet (in diesem Falle indirekt der Verband), dafür sorgen, daß es einigermaßen gemildert wird, und das kann jetzt nur dadurch erreicht werden, daß für diese Gehilfen der Verbandsbeitrag auf mindestens

50 Pfennige ermäßigt wird. Kein Mensch kann im Ernste verlangen, daß man von 18 Mark noch 1,50 Mark Beitrag zahlt. Was die Prinzipale in zweiter Linie mit ihrem Antrage verfolgten, werden sie wohl auch erreichen; nämlich die Stärkung ihrer Organisation. So mandier Chef, der bisher 20 Mark zahlte, also nicht tariftreu war, kann seinen Gehilfen noch 2 Mark abknapsen und tritt trotzdem in die Reihe der „tariftreuen Prinzipale“, wenn die sonstigen Bedingungen vorhanden sind. Ist das auch ein Erfolg des Verbandes? Und noch dazu im Interesse unserer älteren Kollegen? Ja, wird denn nicht jeder Prinzipal bemüht sein, möglichst jüngere Leute heranzuziehen? Der famose Staffeltarif bietet ihm ja die beste Handhabe. Erreicht heute ein Gehilfe das Ende des ersten Gehilfenjahres und wird vorstellig, so kann er bei gewissen Prinzipalen auf einen „Sad“ gefaßt sein. Dasselbe trifft in erweiterter Maße bei allen Gehilfen zu, wenn sie das Ende einer Staffeltariff erreicht haben. Geht nur noch, daß bei angefangenen 50. Lebensjahre wieder der Lohn staffelmäßig zurückgeht, und wir haben einen Tarif, wie ihn die Schuldbürger nicht besser machen konnten. Daß die Buchdrucker zehn volle Jahre brauchen, um ihr kärgliches Minimum verdienen zu können, ist eine Beleidigung für die ganze Gehilfenchaft und hätte mit der größten Schärfe und Enttötung zurückgewiesen werden müssen, selbst wenn es aus diesem Grunde zum Abbruch der Verhandlungen gekommen wäre. Wir wollen einen Frieden, aber einen ehrenvollen. Was die Verzögerung der Arbeitszeit betrifft, so war von vornherein auf die Verwirklichung dieser Forderung wenig Aussicht, aber unter allen Umständen hätten unsere Vertreter die halbe Stunde ausfallen müssen, denn dadurch sind wir dem Glunde der Lächerlichkeit verfallen.

Der „Korr.“ meint, daß damit das Prinzip der Neuntundentags durchbrochen ist. Ob der Redakteur beim Schreiben dieser Worte nicht selbst gelacht hat? Betreffs der Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und der Zeitungsdruckereien bis 9 Uhr kann man nur sagen, daß unsere Vertreter wenig Rückgrat gehabt haben, denn es kamen doch nur Zeitungsdruckereien in Betracht. Also ein großer Teil der „Pioniere der Arbeiterschaft“ ist wieder darauf angewiesen, sein Leben fernher in geistiger Einöde zu verbringen, denn nur die Abendstunden stehen dem Proletariat zur geistiger Fortbildung und körperlicher Erholung zur Verfügung, und diese sind ihm jetzt genommen! Wo bleibt da das Verantwortlichkeitsgefühl unserer Vertreter? Und nun die Ausnahme anderer Vereinigungen in die Tarifgemeinschaft. Ist der Gutenbergsbund vielleicht damit auch gemeint? Wenn stehen denn da die Haare nicht zu Berge bei dem Gedanken, daß man später vielleicht Schulter an Schulter mit dieser Sippchaft stehen soll? Die Festsetzung der einmündigen, höchstens zweijährigen Rindigungsfrist dürfte wohl Prinzipale wie Gehilfen angenehm sein. Auch daß die Prinzipale an der Unterstützung der Arbeitslosen teilnehmen wollen, legt ein gutes Zeugnis von ihren Gesinnungen ab. Ueberhaupt kann man sagen, daß bei den nebensächlichen Punkten die Gehilfen gut abgefeilt haben, aber bei den Hauptpunkten — — brrr, brrr, eine Gänsehaut stellt sich bei mir ein.

Rüdenscheid.

tt.

Der neue Tarifvertrag.

Nachdem nun der so lange geschlossene Vorhang gelüftet, haben wir nun Gelegenheit, uns das vor Augen geführte Trauerpiel ehrsüchtig zu betrachten. Als Trauerpiel ist wohl der Ausgang wie vielleicht überhaupt der ganze Werdegang des neuen Tarifes zu bezeichnen.

Um nun gleich auf den Kardinalpunkt (Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung) einzugehen, dürften diese Erwägungen nicht dazu angetan sein, die Kollegenchaft auch nur annähernd zu befriedigen; von den anderen Punkten des neuen Tarifes ist so wie so kaum nennenswert Günstiges zu berichten. Darüber kann auch die Einleitung des „Korr.“ zu dem Ergebnisse in der Nummer vom 9. Oktober nicht hinwegtäuschen. Was also die 10prozentige Lohnerhöhung anbetrifft, so ist diese noch gar nicht mal eine solche. Man ziehe nur in Betracht, daß die etwa 10000 mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnten Kollegen (also nahezu der vierte Teil aller Verbandsmitglieder) ein tarifliches Anrecht auf die Erhöhung überhaupt nicht haben. Das moralische Recht, beim Prinzipale eine Zulage zu erbitteln, dürfte wohl kaum besonders hoch angeschlagen werden.

Die wöchentlich um eine halbe Stunde (gleich 5 Minuten täglich) verfürzte Arbeitszeit dürfte noch weniger befriedigen. Aber die Prinzipalvertreter waren von ihren Mandatgebern aufs bestimmteste angewiesen, unter gar keinen Umständen diesem Antrage stattzugeben. Daß aber auch den Gehilfenvertretern seitens ihrer Mandatgeber ebenfalls die Wünsche aufs genaueste präzisiert waren, dürfte demgegenüber nicht ins Gewicht fallen. Man glaubte nur nicht ermächtigt zu sein, dieses Anrecht zurückzuweisen. Die den Gehilfenvertretern zur Kenntnis gebrachten Resolutionen der verschiedenen Versammlungen scheinen lediglich als geschwätztes Papier betrachtet worden zu sein. Traurig muß es um die Verbandsfähigkeit unserer 40000 Mitglieder besaßen sein, daß die Gehilfenvertreter nicht wagten, den Prinzipalen ein Entweder — oder zu bieten. Die Verlegung der Arbeitszeit in die Zeit von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends und die Kompensierung der Feiertage in Rheinland-Westfalen sind doch keineswegs Vorteile, die diesen Verlust wettmachen können.

Die Ueberstunden- und Beurlaubungsfrage weist überhaupt nur unwesentliche Veränderungen auf; etwas besser ist es allerdings mit der Frage der Arbeitsnachweise, während der Vertrauensnämterchaft ebenfalls wieder alles zu wünschen übrig läßt.

Daß bei der Stellung der Sparten zum Tarife die Korrektoren, Stereotypen usw. am schlechtesten abgeschnitten, darf nicht wundernehmen; besser sind allerdings die Maschinenmeister daran, während die Maschinenseher ebenfalls bis heringefallen sind. Daß durch das Berechnen an der Maschine das Heer der Arbeitslosen nicht kleiner wird, steht außer Zweifel; andererseits dürfte auch die Zahl der Kranken, besonders der Nervenkranken, eine beträchtliche Steigerung erfahren. Denn daß bei der so wie so schon intensiven Arbeitsweise des Maschinensehers diese unter den Umständen aufs äußerste gefordert werden wird, liegt, ganz abgesehen von der kürzeren „Lebensdauer“ der Maschinen, in der Natur der Sache. Uffordarbeit ist Morbortbeit! Doch die Gehilfenvertreter hatten ja anno 1901 den Prinzipalen ihr Wort gegeben!

Ob die Kontrollfrage in befriedigender Weise gelöst werden wird, hängt noch von dem auszuarbeitenden Formulare und dessen Handhabung ab — na, und die Lokalauslagsfrage schwebt ja überhaupt noch in der Luft.

Daß von einem gutwilligen Zugeständnisse der Prinzipale in irgendwelcher Hinsicht während der nächsten Tarifkampagne nicht die Rede sein wird, dürfte wohl bei ihrem hinlänglich bewiesenen „Entgegenkommen“ nicht anders zu erwarten sein. So kann es denn nicht wundernehmen, daß die Unzufriedenheit allerorten eine große ist, was ja zunächst der Beschluß der Mannheimer Versammlung, den Tarif abzulehnen, deutlich genug zum Ausdruck bringt.

Peine i. S.

Leo.

Versammlungsmehrheiten.

Wir hatten am 14. Oktober in Berlin eine recht imposante Versammlung, 8000 Mitglieder waren im Zirkus Schwann versammelt und die Mehrheit nahm Stellung gegen die Annahme des revidierten Tarifes. Auch aus anderen größeren Ortschaften aus allen Teilen des Reiches kamen ähnliche Nachrichten, überall wurden die getroffenen Ermahnungen verworfen. Nichtet man sich nach diesen Mehrheiten, so müßte der Tarif in den Drucks versenkt werden. Die Folge davon wäre die Vernichtung einer jahrzehntelangen zielbewußten Arbeit zum Wohle des Verbandes und seiner Mitglieder. Nach reiflicher Ueberlegung kann man aber diesen Versammlungsmehrheiten nicht den Wert beimessen, den sie beanspruchen. Das Stimmrecht haben alle unsere Mitglieder, wenn sie nur einen Beitrag gezahlt haben. Es wird nicht danach gefragt, ob sie die Geschichte des Verbandes kennen oder nicht, ob sie überhaupt eine Meinung haben von den Aufgaben, die sich der Verband stellt hat. Es gibt auch Kollegen, die schon jahrelang Mitglieder des Verbandes sind, sich aber das ganze Jahr hindurch um nichts bekümmern, weder eine Versammlung besuchen noch den „Korr.“ lesen. Und werden aber gelegentlich der Tarifberatung aus dem Schlafe geweckt und noch halb in ihrem Philisterchlase oder aber mit jugendlichen Stürmegeanken hören sie die radikalen Reden an. Je radikal, desto wohlthuender für das Ohr. Sie überlegen nicht die Folgen ihrer Beschlüsse, denken nicht daran, daß diejenigen, welche Jahr aus Jahr ein für das Wohl und Wehe des Verbandes tätig gewesen sind, einen weitem Blick für das Ganze haben als sie selbst. So werden mit großem Enthusiasmus Resolutionen angenommen, die das Wohl des Verbandes und die Existenz Tausender gefährden. Versammlungsbeschlüsse dürfen die Geschichte des Verbandes nicht leiten. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, rief uns am 14. Oktober Massini zu; möge diese Aufforderung in ganz Deutschland Widerhall finden und nach ruhiger Ueberlegung das Vertrauen zu unseren Führern wieder gestärkt werden.

Berlin.

G. Sch.

Korrespondenzen.

G. MACHEN. Am 12. Oktober hatten wir das Vergnügen, zum erstenmale Frau Margarete Walfotte, die Frau uners allbekanntem Rezitators Walfotte, im hiesigen Gesellschaftsaufe zu bewundern. Der Name Walfotte hatte genügt, den weiten Raum bis zum letzten Plaze zu füllen. Im ersten, ernstern Teile, stellte die Vortragende die Zuhörer durch ihre Tiefe der Auffassung und klare Gestaltungs kraft in einem Maße, daß der andauernde Applaus aus bewegttem Herzen kam. Die farlatistischen Feinschen Dichtungen, allerlei Scherze unserer Modernen, die neckischen, allerliebsten Kinderleichen und zum Schluß die ausgelassenen Ueberdittidichtungen verrieten eine Beweglichkeit des Geistes und der Mimik, die die Zuhörer zu wahren Beifallsstürmen hinriß. Es war ein köstlicher Abend. Dank und Wiedersehen!

Berlin. (Wandenburgischer Maschinenseherverein. Bericht der Außerordentlichen Vereinsversammlung am 11. Oktober.) Als Gäste waren erschienen vom Zentralvorstande die Kollegen: Gifler, Sover, D'berg, Bonitz, ebenfalls Kollege Schliebs. Der Vorsitzende eröffnete nachts 12^{1/2} Uhr die von über 200 Maschinensehern besuchte Versammlung. In seinem Referate schilderte er eingehend den Rückschritt bei den neugeschaffenen Positionen. Dem Tarife könne die Zustimmung nicht gegeben werden, weil diejenigen, die ihn geschaffen, nur für allgemeine Bestimmungen, nicht aber zum Aufbau eines Uffordtarifes beauftragt waren. Zu mindest hätte jedes System vertreten sein müssen. Die ganze Sachlage garantiere keinen Frieden im Betriebe, sondern vielmehr

Mühe und Erbitterung. Er müsse die Verantwortung dieses folgenschweren Schrittes ablehnen. Der Spezialtarif sei kein Vorkommen freier Vereinbarung, sondern ein zugekauftes Ultimatum, das jede Weisheit ablehne. Die Verantwortung dafür tragen alle Gehilfenvertreter. Die Experten wiesen an der Hand des rechnerischen Materials nach, daß die Grundpositionen auf der Grundlage der Minimallöhne aufgebaut seien. (Stürmischer Protest. Rufe: Keine Minimalleistung. Gute Durchschnittsleistung.) Es folgte nunmehr eine scharfe Debatte, die insgesamt eine einmütige Beurteilung zur Folge hatte. Einzelne Redner erbrachten den Nachweis, daß nur phänomenalen Kräften die Möglichkeit höherer Löhne geboten sei. Dieses sei jedoch kein Thermometer zum Aufbau von Wörtern, wie dieses geschehen sei. Dieses war früher und wird auch stets so bleiben. Die berechnungslose Zeit hatte eine ruhige Entwicklung und eine Gesundung für beide Lager zur Folge. Qualitative Leistungen, verbunden mit technischem Können, haben allein die Rentabilität der Maschine sicher gestellt. Der Verlust an Materialschaden wird die quantitativen Leistungen nicht aufwiegen. Ein einziges Klagen bei den Schiedsgerichten wird durch den einseitigen Aufbau hervorgerufen werden. Der große Absatz der Maschinenfabriken und die ungenügende Ausbildung der Geher in den Segmaschinenfabriken müßte ein Einlenken der Leistungen zur Folge haben. Wenn das Entwicklungsstadium überwinden sei, würde eine Hebung der Leistungen sich von selbst ergeben. Was eine Person begehre, könne nicht zum Vorwurfe für einen ganzen Berufsstand dienen. Am schärfsten aber wurde das Entfallen der Pflanzstunde im Laufendpreise geißelt. Die alten Geher, die unter den provisorischen Berechnungsbestimmungen gearbeitet haben, erinnern sich einer solchen Handhabung nicht. Dieser Modus wurde als schreiende Ungerechtigkeit und als ein „Finden aus dem Holze“ bezeichnet. Toll sei es, wenn man berücksichtige, daß dieser Entscheid in der berechnungslosen Zeit (1902) gefällt sei. (Diese Empörung ist gerechtfertigt, denn den Vereinsfunktionären gelangte er erst bei der Brandstiftung Klagefache zur Kenntnis. Auf alle Fälle ist er zu unrecht zustande gekommen und hätte bei Beiseitigung viel Mühe gekostet. Der Berichterstatter.) Daß die Synotype die 7 1/2 Proz. vom Jahre 1901 nicht erhalten habe, spare in Zukunft der Wertgenossenschaft die Kefame, diese haben die Gehilfenvertreter bestritten. Der Abzug für Dialektisch bzw. Sprachentzug von 20 Proz., der Einhängematrizen von 10 Proz. lasse die Meinung aufkommen, daß Sach- und Sachkenntnis nicht vorhanden waren. Die Verlesung des Achtstundenprinzips durch den Kommentar des § 5 Pflanzzeit betreffend, fiel bei der Kritik ebenfalls schwer ins Gewicht. Hierauf wurde Schluß der Debatte beantragt, der angenommen wurde. Sodann gelangte nachfolgende Resolution zur Verlesung: Die gegen die Erklärungen der Zentralkommissionen abgegebenen, in der Hauptsache von den von der gesamten deutschen Gehilfenchaft einmütig vertretenen Auffassung, daß der Ausbruch der Arbeit für Mordarbeit nichts und in keinem Verufe eine größere Verechtigung hat als beim Arbeiten an der Segmaschine, wurde bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1901 das Berechnen abgelehnt und das Arbeiten nach Zeit als die allein zulässige Arbeitsweise bezeichnet. Das Berechnen an den Segmaschinen ist eine die Gesundheit des Arbeiters schwer schädigende Arbeitsweise, die unter den Begleitumständen der Doppelschicht, der Nacht-, Luft- und Raumerhöhen erhöht in die Erscheinung tritt, und daher aus sanitären und humanitären Gründen unbedingt zu verwerfen. In Erwägung, daß durch die Zustimmung zur Einführung des Berechnens in den Tageszeiten die Gehilfenvertreter sich in entscheidenden Widerspruch mit ihrer bisherigen eigenen Auffassung setzen, andererseits den konsequenten Beschluß des I. deutschen Maschinenfesserkongresses (Ostern 1906), den auch die Gewerkschaftskonferenz im Mai sich zu eigen machte, völlig mißachteten, ist der durch die beiden vorgenannten Institutionen einmütig konstatierte Wille der Gesamtcollegenchaft auf schwerste verletzt worden. In weiterer Erwägung, daß statt einer Verkürzung der Arbeitszeit für Werkzeuge das Achtstundenprinzip der im Zeitungsfrage beschäftigten Kollegen nach einem Kommentar des § 5, Pflanzzeit betreffend, durchbrochen ist, und der durch Entscheid des Tarifausschusses vom 27. April 1904 zugestandene Zuschlag von 7 1/2 Proz. auf den Tageslohnpreis insgesamt nur auf 10 Proz. erhöht wurde, so daß also die effektive Lohnverhöhung für Synotypefessler nur 2 1/2 Proz. beträgt, und ferner, daß durch alle diese Umstände die Gesamtcollegenchaft — insbesondere auch die Zeitungsfesslerkollegen — durch immer weitere und schnellere Einführung der Segmaschine und dadurch bedingte größere Arbeitslosigkeit aufs schwerste geschädigt wird, erlächte die heute am 11. Oktober tagende Nachtversammlung des Brandenburgischen Maschinenfesservereins in dem neugeschaffenen Segmaschinentarif einen Rückschritt, und beschließt, demselben ihre Zustimmung zu versagen.“

Bt. Berlin. (Stereotypen und Galvanoplastiker). Am 14. Oktober hielt der Verein seine ordentliche Monatsversammlung ab. Dieselbe war sehr gut besucht, stand ja doch auf der Tagesordnung unter anderem Berichterstatter über die fruchtbarsten Tarifverhandlungen, und hat dieses jedenfalls Anlaß zu dem guten Besuche gegeben. Nachdem der Vorsitzende diese Sache unter Beschüdnen mit kurzen Worten eingeleitet hatte, erteilte er dem Kollegen Tröschke, welcher als Vertreter der Stereotypen und Galvanoplastiker bei den Tarifverhandlungen amfend war, das Wort zum Referate über die Tarifnachrichten. Der Kollege gab einen sehr ausführlichen Bericht über die Verhandlungen, welche gepflogen wurden, und wie die

Bestimmungen für Stereotypen und Galvanoplastiker zustande kamen. Er streifte in seinem Referate den zweiten Leipziger Tarif, welchen die Leipziger Kollegen mit den dortigen Prinzipalen vereinbart haben, ohne die Zentralkommission etwas davon wissen zu lassen. Somit war uns dieser Tarif vollständig fremd, die Vertreter der Prinzipale aber kannten diesen Tarif und haben dieselben auch größtenteils auf diesen basierend ihre Zugeständnisse gemacht. Speziell der Absatz 4a und b sowie auch die Beschäftigungskala kamen auf Grund dieses Monstrums von Tarif zustande, und mußten wir auf Grund dieser Bestimmungen unsere Existenz zum größten Teile den Hilfsarbeitern ausliefern. Auch unsere Hauptforderung: Verbehalten unsers Arbeitsnachweises, ist nur teilweise bewilligt worden, und zwar in der Weise, daß unser Arbeitsnachweis dem paritätischen Nachweis unterstellt wird, welcher die Kontrolle darüber ausüben soll. Der Kollege bebauerte wiederholt, daß er von allen unseren Wünschen nicht mehr mit nach Hause bringen konnte, was aber lediglich den Maschinen der Leipziger sowie der Mühlener Kollegen zu danken ist, denn diese Kollegen wollten ja um jeden Preis in die Tarifgemeinschaft aufgenommen werden, was die Herren Prinzipale ja auch recht gut zu ihrem Vorteile auszunutzen wußten. Der Vorsitzende eröffnete nunmehr die Diskussion über diese Angelegenheit. Alle Redner, welche sich an der Diskussion beteiligten, wandten sich in scharfen Worten gegen diese Bestimmungen und kam die Versammlung durchweg zu einer Ablehnung der Vereinbarungen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Verammlung der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend erkennt voll und ganz die Bemühungen ihrer Vertreter bei den Tarifverhandlungen an, bebauert aber, daß die Verhandlungen nicht das Resultat gezeitigt haben, wie es von uns erwartet wurde. Speziell Absatz 4a und b sind derartig unvollständig, daß wir unter diesen Umständen der Tarifgemeinschaft nicht beitreten können. Auch die Bestimmungen über die Regelung des Arbeitsnachweises und über die Beschäftigungskala sind für uns in keiner Beziehung befriedigend.“

Branden. Von einem anerkennenswerten Entgegenkommen in der Tariffrage ist von hier zu berichten. Herr Direktor Lettenborn (von der Firma Gustav Rötze), der am 14. Oktober in einer Prinzipalversammlung in Thorn der Berichterstatter über die Tarifverhandlungen beigezogen hatte, teilte dem versammelten Personale mit, daß die Inhaber der Firma beschlossen hätten, vom 1. Januar 1907 ab allen Gehilfen die zehnprozentige Zulage zu bewilligen. Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erhalten ebenfalls eine entsprechende Lohnaufbesserung. An der außertariflichen Lohnzulage nehmen 15 Gehilfen sowie eine große Anzahl Hilfsarbeiterinnen usw. teil. **Hamburg-Altona.** Aufgefordert wurde der Generalversammlung am 14. Oktober. Gestorben ist der Gießereimeister A. Dittner. Aufgenommen wurde der Geher C. Schartau, wieder aufgenommen der Drucker G. Wülken, der Maschinenfessler W. Sagweiler. Konditionslos sind 78 Geher, 17 Maschinenmeister; trant 37 Kollegen. Den Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses gab Kollege Demuth. In seinem 17. stündigen Referate gab Redner ein klares Bild von den Verhandlungen, die uns zwar nicht alles das gebracht hätten, was wir wünschten, deren Ergebnisse aber doch nicht so gering für uns seien, wie dies von verschiedenen Seiten hingestellt werde. Er hätte unter keinen Umständen zugestimmt, wenn er der Meinung gewesen wäre, daß die Verhandlungen für die Kollegen nicht günstig ausfallen würden. Dem Staffeltarife habe er nur zugestimmt, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, denn 1891 hätten wir mit dem Abbruche der Verhandlungen genügende Erfahrungen gemacht. Die Bestimmungen für Maschinenmeister und den Drucker seien ein ganz wesentlicher Fortschritt und bei gegenseitigen guten Willen würden sie ein besseres Verhältnis herbeiführen. Trotzdem seien die Maschinenmeister aufzufrieden, obgleich diese Bestimmungen in langen Verhandlungen von ihren eigenen Kollegen und den Prinzipalen ausgearbeitet seien. Ebenso sei es mit den Maschinenfessern, die vergessen, daß man nur aus den Verhältnissen heraus, um ein gegebenes Wort einzulösen, dem Berechnen an der Maschine in Zeitungsbetrieben zugestimmt habe. Redner wandte sich ganz entschieden gegen die diesbezügliche Resolution des Brandenburgischen Maschinenfesservereins. Den Ausführungen von Fachleuten hätte man sich wohl beugen können. Jedemfalls hätten die Kollegen die Pflicht, die Affordarbeit nicht zur Mordarbeit werden zu lassen, das könne man von ihnen verlangen; und dann wolle man nicht vergessen, daß ein Handfeger, der neun Stunden am Kasten stehe, mindestens ebenso angestrengt arbeiten müßte, wie der Maschinenfessler in acht Stunden. Bei den Korrektoren seien bisher neben Buchdruckern alle möglichen Berufe vertreten gewesen. Ihre ganze Strömung ging doch dahin, erst einmal eine feste Grundlage zu schaffen. Ein höheres Minimum herauszufinden, sei nicht möglich gewesen, aber jeder müsse dafür sorgen, daß er seinen Fähigkeiten entsprechend bezahlt werde. Redner ging dann die einzelnen Paragraphen des Tarifes eingehend durch, wies nach, wie es den Gehilfenvertretern nicht möglich gewesen sei, eine mehr als 10prozentige Lohnverhöhung zu erkämpfen, ebenso wie es nicht gelang, diese Erhöhung auch für die besser Entlohten zu eringen, und beschäftigte sich dann eingehend mit dem Tarifvertrage, der von den Schafmachern wie einigen Parteiführern heftig angegriffen werde, so auch in einem Beiratsartikel des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei. Die Konsequenzen des Vertrages könne niemand wissen. Der Schreiber jenes Ar-

tikels müsse andere Gedanken dabei gehabt haben, denn ein überzeugter Sozialdemokrat müsse auch in einen Prinzipalverein treten und dort für seine Ideen wirken können. Dann würde gesagt, die Buchdrucker laden sich die Haftbarkeit auf den Hals. So viel könnte man von den Kollegen verlangen, daß jeder seine Vertragstreue wahr, wozu er sich verpflichtet hat. Im übrigen säßen in den Schiedsgerichten, Kreisämtern nicht nur zur Hälfte unsere Mitglieder, sondern auch ein Vertreter unserer Organisation sei zugelassen. Das wolle man nicht vermissen. Dem Tarifante sei um deswillen ein Jurist angegliedert worden, damit alles, was vom Tarifante ausgehe, auch juristisch einwandfrei sei. Jedemfalls sei der Vertrag dazu angetan, die Hebung des Gewerbes zu ermöglichen. Die Prinzipale hätten zugestanden, daß die Buchdrucker nicht so bezahlt würden, wie diese es beanspruchen dürften, sie seien aber jetzt nicht in der Lage, über die 10prozentige Erhöhung hinauszugehen. Nicht alle Prinzipale seien so gestellt wie die großen Zeitungsunternehmen mit den riesigen Inserateneinnahmen. Die Kollegen könnten mit den Beschäftigten wohl einverstanden sein, sie liegen im Interesse der Kollegenchaft wie im Interesse der Hebung des Gewerbes. (Wohhafter Beifall.) Kollege Schulz glaubt, daß die Stimmung auch hier für Ablehnung sei. Der Tarif brächte ernste Schäden, z. B. das Berechnen an der Maschine. Wir hätten zu prüfen, ob die Schäden nicht derartige seien, um alles abzulehnen. Wenn die Gehilfen mit ihrer Existenz für die Abschaffung der Schleuderkonkurrenz eintreten sollen, dann mußte ihnen mehr geboten werden. Wir hätten schlecht abgeknitten, die Arbeitszeit hätte mehr verkürzt werden müssen. Er sei der Ansicht, daß eine nochmalige Revision stattfinden müsse. Kollege Köhler war der Meinung, daß die materielle Aufbesserung doch nicht so geringfügig sei, um sie abzulehnen. Wir brauchen deshalb nicht in eine Jubelstimmung einzufallen. Den Vertrag könnten wir nicht ablehnen. Er bitte, die Beschüsse anzunehmen. Die Kollegenchaft müsse erst anders werden. Kollege Hüters war gegen die Annahme, wünschte eine kürzere Tarifdauer und trat für eine nochmalige Beratung ein. Kollege Demuth ging noch näher auf die Dauer des Tarifes ein, was er in seinem Referate vergessen hatte. Es sei doch selbstverständlich, daß man auf kürzere Dauer gedrungen habe. Der Vertrag gebrauche aber Zeit, um überall zur Durchführung zu kommen. Wenn der Vertrag uns nicht mehr paßt, dann sei doch die Möglichkeit geboten, ihn zu ändern. Kollege Weitzer verlas ein Telegramm, nach welchem die Berliner Kollegen alles abgelehnt hätten. (Zuruf: Stimmungsmaße.) Kollege Witt hat um Ablehnung. Kollege Planke hielt es außer allem Zweifel, daß das Berechnen an der Maschine wie die Erweiterung des Staffeltarifes für uns schädigend sei. Ferner sei es eine Halbheit, daß die 10prozentige Erhöhung bis zu 3 Mt. über Minimum plötzlich aufhöre und kein Uebergang geschaffen sei. Wenn man aber ablehnen wolle, möge man sich die Konsequenzen vor Augen halten: wir hätten dann den Krieg. Krieg nicht nur gegen die Prinzipale, sondern auch untereinander. Eine nochmalige Verhandlung sei nicht möglich. Man möge sich nicht von dem Berliner Resultate beeinflussen lassen. Redner vertrat seine unten abgedruckte Resolution. Wenn die Kollegen dieser zustimmten, dann zeigten sie, daß sie der Situation gewachsen seien. Kollege W. Tarfener griff auf die Generalversammlung zurück, die die Taktik festgelegt habe. Er halte die Erhöhung auch für zu gering, aber sie gelte für ganz Deutschland. Wenn wir ablehnten, würden wir zeigen, daß wir uns unserer früheren Handlungen nicht bewußt waren. Man solle zeigen, daß man logisch handeln könne und bedenken, daß unsere Vertreter kein gebundenes Mandat hätten. Sonst hätte man beschließen müssen, daß diese unter 15 Proz. nicht heruntergehen dürften. Redner hat ebenfalls, nicht wie Berlin und andere Orte zu handeln, sondern das Beschlossene anzunehmen. Eine vom Redner eingebrachte Resolution wurde nicht genügend unterstützt. Kollege Storch betonte, daß früher erklärt worden sei, dem Vertrage würde nur zugestimmt, wenn wir genügende materielle Vorteile hätten. Bei einem Massenstreik seien wir gebunden. Wenn die Kollegen bei einer Bewegung nicht mitgehen würden, so liege das an der Erziehung der Kollegen, namentlich an der Haltung des „Kor.“ Kollege Lauer schmid hob hervor, daß die Enttäufung der Maschinenfessler keine geringe sei. Ihre Experten hätten fast nichts weiter zu tun gehabt, als gegen die Verschlechterungen der Prinzipale anzukämpfen. Sie seien über den Küffel hardiert worden. Es werde ein Referat emporkommen, das man in einzelnen kleinen Orten nicht immer verbinden könne. Redner ging näher auf Einzelheiten des Maschinenfessertarifes ein, der Verschlechterungen bringe, und erklärte zum Schluß, daß die Hamburger Maschinenfessler sich mit den übrigen Maschinenfessern solidarisch erklären würden. Kollege Lume erklärte, als Zeitungsfessler wohl Grund zur Unzufriedenheit zu haben. Den Zeitungen habe man die Arbeitszeit bis 9 Uhr gefattet, das seien gerade diejenigen Geschäfte, die am ersten in der Lage seien, eine Mehrbelastung zu tragen. Es sei wohl zu erwarten gewesen, daß für alle Geher die Arbeitszeit bis 8 Uhr zu gelten habe. So habe man die Zeitungsfessler zu Geher dritter Klasse gemacht. Er müsse aber zugestehen, daß die Vertreter alles getan hätten, was möglich war, und eine Ablehnung würde nur eine Verschlechterung bedeuten. Er hat deshalb, die Resolution des Kollegen Planke anzunehmen. Kollege Andreas wies darauf hin, daß die heutige Situation bei von 1896 ähnlich sei. Parteiführer wie Schafmacher seien gegen uns. Kollege Köhler habe ganz recht. Wenn wir den Vertretern eine Marschroute gegeben hätten,

Hätten wir das Feld, unser Wortum abzugeben. Heute nicht. Sonst müßten wir alle Vorstände und Vertreter abfragen. Redner war ebenfalls für Kantsches Resolution. Nach Annahme eines Schlußantrages hatte noch ein Redner für und einer gegen zu sprechen. Kollege Bath wandte sich gegen Kollegen Witt, der alles ablehne, ohne Gründe dafür anzugeben. So schlecht seien die Abmachungen denn doch nicht. Vergleichs aus der Geschichte unserer Organisation zeigten, daß wir doch nicht so schlecht abgeschnitten hätten. Die früheren Errungenschaften durch Kampf seien teilweise wieder verloren gegangen, ehe die Kollegen recht in den Genuß derselben gelangt seien. Wenn man dies alles betrachte, müsse man doch sagen, daß wir nicht so schlechte Gewerkschaftler seien. Der Verband habe immer noch den Beweis geliefert, daß er auf friedlichem Wege weiter komme. Der Tarifvertrag sei wohl ein Weg, der zu beschreiten sei. Die Prinzipale hätten sich noch freis als gute Kontrahenten gezeigt. Zwang sei immer bei einem Vertrage, auf beiden Seiten. Die Prinzipale wollen, um das Gewerbe höher zu bringen, mit uns gemeinsam arbeiten. Das könne man als Stärke des Verbandes hinstellen. Bei uns seien die Kämpfe viel schwerer als bei anderen Berufen, z. B. den Maurern, durchzuführen. Das müsse man in Betracht ziehen. Er bat auch, Kantsches Resolution anzunehmen. Kollege Duschek betonte, Kollege Demuth habe in der vorigen Versammlung gesagt, 15 Proz. sei das minimalste, das gebracht werden solle. Die Vertreter hätten abbrechen müssen, dann hätten wir Stellung nehmen können. Die Hauptschuld trage der Zentralvorstand. Es sei noch keine Tarifberatung so flau eingeleitet worden wie diesmal. Er sei gegen die Annahme. In seinem Schlußworte wandte sich Kollege Demuth wachstümlich gegen Zuerstschmitts Ausführungen über den Maschinensetzerarif; dann gegen Storzbe zu dessen Ausführungen über den Maschinenstreik, ebenja gegen Duschek. Er erklärte, nach seiner Ueberzeugung hätte man von den Prinzipalen erreicht, was möglich war, und der Vertrag sei nur zum Vorteile; man möge also den Vereinbarungen zustimmen. Die Resolution Kantsche wurde mit dem Zusätze von Meyer, der den Gehilfenvertretern den Dank ausdrückt, mit etwa 1400 gegen 48 Stimmen angenommen. Sie lautet: „Die heutige Außerordentliche Generalversammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona erklärt, daß die materiellen Verbesserungen des revidierten Tarifes den durch die Feuerungsverhältnisse bedingten Forderungen der Gehilfen durchaus nicht entsprechen, sie bedauert, daß die 10prozentige Erhöhung keine allgemeine ist, und sie hält nach wie vor die Befestigung des Staffeltarifses für eine Notwendigkeit. Die Versammlung glaubt indes den Gehilfenvertretern, daß unter den gegebenen Verhältnissen mehr zu erreichen nicht möglich gewesen ist, und sie stimmt dem Abschlusse des Tarifvertrages von Organisation zu Organisation zu ihr der Voraussetzung, daß dieser Vertrag das Mittel zur Hebung des Buchdruckergewerbes ist, die es den Prinzipalen ermöglicht, die berechtigten Forderungen der Gehilfen zu erfüllen. Die Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß die Hamburger Prinzipale die beschlossene Lohnerhöhung allen Gehilfen zuteil werden lassen. Den Gehilfenvertretern spricht die Versammlung für deren Mithewaltung ihren Dank aus.“ Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden nach dieser beinahe fünfständigen Verhandlung verortet.

Hannover. (Mitgliederversammlung des Lokalvereins.) Wohl an 800 Kollegen hatten sich am 16. Oktober in der „Königswohrt“ eingefunden, um die Diskussion über die Beschlüsse des Tarifausschusses, die in der Versammlung am 7. Oktober abgebrochen werden mußte, fortzusetzen. War man auch im großen und ganzen mit der zehnprozentigen Lohnerhöhung zufrieden, so bedauerte man doch, daß dieselbe nicht allen Kollegen zuteil werden soll. Daß aber die allerberechtigte Forderung unserer Druckerkollegen: Gleichstellung der Druckerlehrlingskala mit der der Seher, fallen gelassen wurde, daß man den Zeitungswegere — von denen man wohl schwerlich behaupten kann, daß sie zu jenen „Armen“ gehören, die nach dem „Korr.“ eine weitere Belastung nicht ertragen können — das Berechnen an den Sehmachern und eine Verlängerung der Arbeitszeit für die Maschinensetzer gestand, hatte wohl niemand erwartet. Auch der Organisationsvertrag enthält Bestimmungen, die zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Die Redner, die die Annahme der Abmachungen beifürworteten, taten dies nur, weil nach ihrer Ansicht kein Weg vorhanden sei, auf dem man etwas Besseres erreichen könne. Der in ausgiebigster Weise gepflogenen Diskussion machte um 12 Uhr ein Schlußantrag ein Ende. Nachdem drei Resolutionen, die die Ablehnung der getroffenen Abmachungen forderten, abgelehnt, stimmte die Mehrheit, sehr viele wohl schweren Herzens, geleitet von der Erwägung, daß nichts mehr zu ändern sei, für folgende Resolution: „Die am 16. Oktober in der „Königswohrt“ tagende Mitgliederversammlung des Lokalvereins Hannover nimmt Kenntnis von den stattgehabten Verhandlungen des Tarifausschusses und bedauert, daß seitens der Prinzipale ein weiteres Entgegenkommen den berechtigten Wünschen der Gehilfen gegenüber nicht gezeigt ist, erklärt, den Abmachungen unter der Voraussetzung ihrer Zustimmung zu geben, daß die geringen Zugeständnisse seitens der Prinzipale voll und ganz zur Einführung gelangen, und auch den Gehilfen die berechnete Feuerungsvergütung zuteil wird, welche bereits mit mehr als 3 Mfl. über Minimum entlohnt werden.“

K. Kiel. (Mitgliederversammlung am 15. Oktober.) Nach Ableidung einiger geschäftlichen Punkte erstattete der Kollege W. Demuth-Hamburg Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des Tarifausschusses. In zweistündigen Vorträge gab der Redner in der ihm eignen

sachlichen und kernigen Art ein getreues Bild der Situation von Beginn der Tarifbewegung bis heute. Ueberzeugend legte er dar, an welch mangelhaft harten Tatsachen unsere weitergehenden Wünsche scheitern mußten und stellte am Schlusse seiner Ausführungen die Behauptung auf, daß das Erreichte als bedeutende Errungenschaft angesehen werden müsse, wenn man eben alle in Betracht kommenden und zu respektierenden Verhältnisse objektiv zu würdigen verstehe. In der folgenden ausgiebigen Diskussion fehlte es nicht an Vorkürfern für die Gehilfenvertreter. Die materiellen Zugeständnisse sowohl wie der Organisationsvertrag seien zu verwerfen; erneute Tarifverhandlungen, Arabitimmung, Außerordentliche Generalversammlung usw. wurden verlangt. Alle Hebel sollen in Bewegung gesetzt werden, um das Gesagte zu Fall zu bringen und an dessen Stelle Besseres oder auch — nichts — zu setzen. Der Siebe Mühe war umsonst: Die Versammlung stimmte mit 91 gegen 47 Stimmen einer den revidierten Tarif empfehlenden Resolution des Vorstandes zu und lehnte damit eine zweite, alles unter Protest verwerfende ab. Die Kieler Gehilfenschaft erwartet jedoch, und die Versammlung sprach es in entschiedener Weise aus, daß die hiesige Prinzipalität in gerechter Weise den höher bezahlten Kollegen die beschlossenen Lohnzulagen ebenfalls gewährt und den revidierten Tarif in allen Teilen zum fälligen Termine in Wirksamkeit treten läßt. Die Versammlung war auch von Kollegen aus Neumünster, Kendsburg, Süderbrarup und Preetz besetzt.

Leipzig. Die am 7. Oktober verortete Versammlung fand am 17. Oktober in der Altherberge des „Krisfallpalast“ ihre Fortsetzung. Kopf an Kopf gedrängt füllten wohl über 3500 Mitglieder den Raum. Das vom Kollegen Wogenig gestellte Referat (siehe „Korr.“ Nr. 122) stand zur Diskussion. Nachdem ein Antrag, um möglichst vielen Gelegenheit zur Aussprache zu geben, jedem Redner nur 15 Minuten Redezeit zu gewähren, angenommen war, nahm Kollege Engelbrecht zuerst das Wort. Seine Ausführungen beschränkten sich auf den Organisationsvertrag, und er verstand es vorzüglich, die in den Kollegenkreisen vorherrschenden irrtümlichen Anschauungen, die nicht zum wenigsten durch die abenteuerlichsten Gerüchte in der Tagespresse genährt waren, auf das richtige Maß zurückzuführen. Wenn vom ausgesprochen parteipolitischen Standpunkte gerade der Vertrag eine scharfe Kritik erfahre, sei dies erklärlich, jedoch eine so maßlose, unter aller Kritik stehende Herunterreißung des von unseren Vertretern mit Gehilfenen sei zu verurteilen, dies sei keine gerechte und keine objektive Würdigung. Die von vielen erblickten Schäden, die gerade der Vertrag für unsre Organisation in sich trage, konnte Redner nicht finden. Sei doch dadurch, daß die nur bedingte Haftung bei Kontraktbruch gegen den jetzt bestehenden geschlichen Zustand sogar eine Verbesserung bedeute, dem widersprochen, daß der Verband mit seinem ganzen Vermögen rettungslos dem Unternehmertum ausgeliefert sei. Der einzige Unterschied sei der, daß nach dem Vertrage die Organisation für den eventuell kontraktbrüchigen Gewerbetreibenden selbstschuldnerhaft sei, was aber doch auch jetzt schon zutrefte, wenn Mitglieder im gewerkschaftlichen Interesse sich nach Ansicht der Richter zu ahnende Verletzungen zu schulden kommen lassen. Auch der hartnäckig kolportierte Schwindel bezüglich der unbedingten zehnjährigen Dauer des Vertrages wurde vom Redner zerstückt durch den Hinweis darauf, daß ja nach fünf Jahren bei einer nicht zustande kommenden Verlängerung sowohl der Tarif wie auch der Vertrag nach dem noch einjähriger Dauer hinfällig seien. Im übrigen sei ja die ganze Sache noch eine Theorie — in der Praxis noch nicht erprobt. Er selbst für seine Person könne die Gefahren für uns nicht ersehen, im Gegenteile könne der Vertrag ein Instrument werden, geeignet, das unsere Forderungen in fünf Jahren mehr entgegenkommen gewährt werde als diesmal. Wie schon früher, vor 30 Jahren, bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung und 1896 bei der Neugestaltung der Tarifgemeinschaften die ungeheuerlichsten Verdächtigungen und Befürchtungen laut wurden und sich später als hinfällig erwiesen, wie trotz der prophezeiten Verumpfung gerade im Verbanne der Deutschen Buchdrucker ein stark gewerkschaftliches Leben pulsiere, so werde dies auch in Zukunft der Fall sein. Am Schlusse seiner Ausführungen ersuchte Redner die Versammelten, ihre Stimme so in die Waagschale zu werfen, wie sie es glauben als Kollegen verantworten und mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. Kollege Gottschalk bedauerte, daß die erste Versammlung überhaupt stattgefunden, es sei nicht möglich, das gesprochene Wort so zu behalten, wie es bei einer dergleichen wichtigen Sache unbedingt zur Beurteilung und Kritik notwendig sei. Trotzdem sich die Kollegen Wogenig und Engelbrecht die größte Mühe gegeben, den Tarif und den Vertrag den Versammelten schmacht zu machen, könne er seine Zustimmung nicht geben. Wenn die immer betonte innere Stärke vorhanden sei, hätten es unsere Vertreter nicht nötig gehabt, auf die abgeschlossenen Bedingungen einzugehen. Wenn die zu 80 Proz. organisierten Buchdrucker nicht instande seien, andere Arbeitsbedingungen zu erreichen, wo sei dann die maßgebende Körperschaft, der dies noch möglich sei! Außerdem wären die Konsequenzen betreffs Aufnahme der jetzt noch unorganisierten, teilweise nicht gerade sauber dastehenden Elemente nicht dazu angetan, sich für den Vertrag zu begeistern. Die Gehilfenvertreter hätten gar nicht den Auftrag gehabt, einen dergleichen Vertrag abzuschließen, sondern nur einen Tarif. Außerdem wandte sich der Redner gegen den erweiterten Staffeltarif, die Verfüzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Woche,

die man als höhnspredend hätte ablehnen sollen, und den für die Zeitungsmaschinensetzer neugeschaffenen Akkordtarif, der verursachen werde, auch bezüglich der übrigen Maschinensetzer die Leistungsfähigkeit ins Ungemessene zu steigern; die Verlängerung der Arbeitszeit für Maschinensetzer durch Einbeziehung der Pausenstunden in dieselbe sei gleichfalls eine bedeutende Verschlechterung, da dadurch die Minimalleistung eine bedeutend größere sein müsse als früher. Er empfahl zum Schlusse die möglichst einstimmige Annahme der bekannten Berliner Resolution, die den Vertrag und Tarif in seiner neuen Form ablehnt und eventuell eine Außerordentliche Generalversammlung fordert. Mehrfache Ausführungen machte Kollege Giesler: Der Vertrag zeuge von mehr Zutrauen zu den Prinzipalen als zu den Gehilfen; man könne wohl sagen, daß bei der diesmaligen Tarifrevision die Gehilfen veraten worden seien. (Redner gibt hierzu einen Kommentar, daß schließlich mancher Vertreter „ungewollt“ zum „Verräter“ geworden, gemissermaßen „ehrlischer Verräter“ sei, und erregte mit dieser Interpretation allgemeine Heiterkeit.) Kollege Sack, Vorsitzender des hiesigen Maschinensetzervereins, polemisierte in ziemlich eingehender Weise gegen den Sehmachertarif, der in jeder Richtung eine Verschlechterung bedeute. Bei dem Berechnungsmodus sei eine nur 2 1/2prozentige Lohn-erhöhung zu konstatieren, da die 7 1/2 Proz., die 1902 erzierten, völlig unberücksichtigt geblieben seien; die all-gemein gewährten 10 Proz. vielmehr nur auf die Be-rechnungsspreise des 1899 geschaffenen Sehmachertarifses gelegt worden seien. Er brachte eine schon in ver-schiedenen Orten angenommene Resolution der Maschinensetzer gegen die getroffenen Abmachungen zur Kenntnis. Kollege Dreßler kontingentierte seine Ausführungen in der Hauptsache auf die Frage: Was wird kommen bei Annahme und was bei Ablehnung des Tarifses resp. Ver-trages? Die Ablehnung führe mit Sicherheit zu den schwersten Konflikten, zum Kampfe; denn es sei aus-geschlossen, daß nach zehntägigen Verhandlungen noch-mals solche zustande kommen würden. Und was seien die Folgen eines Streiks? Die ganzen Erfahrungen der letzten Jahre haben gelehrt, daß die Unternehmer noch immer die wirtschaftlich Stärkeren seien und für uns bei einem eventuellen Kampfe aller menschlichen Vorkausicht nach eine Niederlage gewiß sei. Petreffs der jetzt schon höher Entlohnenten vertrat Kollege Dreßler den Stand-punkt, daß diese insolge ihrer technischen Qualifikationen sehr wohl instande sein würden, auch für sich eine ent-sprechende Zulage herauszufolgeln. Redner polemisierte noch gegen die „Leipziger Volkszeitung“, die bezüglich der anderen Gewerkschaften resp. deren Kämpfe eine durchaus andre Taktik befolge als uns gegenüber. Er bezeichnede das Verhalten der „S. W.“ als niedrig, gemein und von grenzenloser Haßse bittiert. (Beifall.) Kollege Weyler nahm Veranlassung, die von Giesler, Dreßler und anderen gemachten Ausführungen bezüglich des Er-rungenen auf das wirkliche Maß zurückzuführen. Es wäre doch jedenfalls unverantwortlich gewesen, die für etwa 33000 Kollegen in Betracht kommende zehnprozentige Erhöhung abzulehnen und es zum äußersten kommen zu lassen. Auch bezüglich der anderen Kollegen würden sich Mittel und Wege finden, daß sie nicht leer aus-gingen, seien doch gerade die höher Entlohnenten die-jenigen, von denen die Unternehmer die größten Vorteile hätten. Er wies ferner darauf hin, daß auch die Staffeln, so wenig angenehm sie seien, doch nicht Privilegium der „versumpften“ Buchdrucker seien, sondern auch andere auf dem modernen Arbeiterstandpunkte stehende Organi-sationen hätten Staffeln für ihre jungen Mitglieder, so die Maurer, Zimmerer, Brauer und andere. Redner brachte dann eine vom Gauvorstande eingebrachte Reso-lution, in der Tarif und Vertrag sanktioniert werden, zur Verlesung und ersuchte um Annahme derselben. Es werde der Organisation sicher nicht zum Schaden gereichen, und wir würden in fünf Jahren mit mehr Nachdruck das und mehr fordern können, was uns heute zu erreichen, nicht möglich sei. In warmen Worten verteidigte dann Kol-lege Mezßhäuser (dem durch einen Geschäftsordnungs-antrag eine doppelte Redezeit genährt wurde) die Ab-machungen. Für die ablehnende Haltung einzelner Mit-gliedschaften machte er zum Teile die Parteiorgane ver-antwortlich. An den Erfolgen der vergangenen Tarif-revisionen wies er nach, daß das diesmal Errungene durchaus nicht so gering zu bewerten sei. Bezüglich des Staffeltarifses sagte er, daß ja alle festgesetzten Staffeln doch immer nur die Minimalhöhe ausdrücken, daß es jedem qualifizierten Arbeiter unbenommen bleibt, seine Kräfte teurer zu verkaufen, was ja auch in praxi Be-reits jetzt zutrefte. Der Sehmachentarif sei doch unter Zustimmung der betreffenden Experten zustande gekommen, und dann wären auch für die Zustimmung zu diesem von den Prinzipalen hartnäckig verteidigten Akkordtarife für Zeitungsbetriebe noch Umstände maßgebend gewesen, die sich der Öffentlichkeit entzogen. Dem Kollegen Sack ent-gegenete Kollege Mezßhäuser, daß dieser in seinen Aus-führungen erklärt habe, durchaus kein einschiedener Gegner des Berechnens überhaupt zu sein. Für Kollegen Sack komme es nur darauf an, einen entsprechend hohen Taufenpreis zu haben, dann sei die Redensart „Akkord-arbeit ist Akkordarbeit“ für ihn gegenstandslos ge-worden. Auch ein Beweis, wie man aus ganz anderen Gründen in Maschinensetzerkreisen mit der Akkordarbeit jetzt operiere. Er empfahl dann, sich nicht von klein-ligen Gesichtspunkten leiten zu lassen und den Abmachungen zustimmen. Kollege Krone empfahl Ablehnung in Haufe und Wogen. Kollege Giesler nahm hauptsächlich die von Kollegen Sack gemachten Ausführungen unter die Lupe und sann allerdings rechnerisch zu anderen Pre-

sultaten als dieser. So schlecht, wie dieser den Effekt für die Maschinenseher hinstelle, sei er nicht, wenn auch zugegeben werden müßte, daß der Affordtarif in einigen Positionen nicht befriedigend, wie dies auch in einer vom Redner eingebrachten und dann zugunsten der des Gauvorstandes zurückgezogenen Resolution ausgedrückt ist. Die an den Staffeltarif geknüpften Beschränkungen seien schon aus den Erfahrungen der letzten Jahre herauswiderlegt, auch seien nur 23 Proz. aller Kollegen bis zu 24 Jahre alt und könnten eventuell zum Staffeltarif entlohnt werden. Es ging nunmehr ein Antrag auf Schluß der Diskussion ein, der fast einstimmig akzeptiert wurde. Die Berliner Resolution, als in ihren Konsequenzen am weitgehendsten, gelangte zuerst zur Abstimmung. Höchste Spannung auf allen Gesichtern. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die vom Gauvorstande eingebrachte wurde hierauf gegen eine verschwindende Minderheit unter lauten Zustimmungskundgebungen angenommen. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Die in der Altherhalle tagende, von etwa 3500 Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Gau Leipzig) besuchte Versammlung erklärt, daß sie mit den Ergebnissen der stattgefundenen Tarifverhandlungen nicht zufrieden ist, weil die von den Prinzipalpartnern gemachten materiellen Zugeständnisse keineswegs im Verhältnis stehen zu der fortgesetzten Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel sowie der Wohnungsmieten usw. Die Versammelten erklären in der beschlossenen Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich einer halben Stunde kein Mittel, welches dazu ansetzt, der Arbeitslosigkeit der Buchdruckergehilfen zu steuern und den Gesundheitszustand der im Buchdruckergewerbe beschäftigten Arbeiter zu heben. Insbesondere verurteilen sie die Einführung des Berechnens an der Segmaschiffen für Zeitungsbetrieb, zumal von einer entsprechenden Erhöhung nach dem nun Geltung haben sollenden Tarife nicht die Rede sein kann. In Anbetracht der Tatsache, daß die Vertreter der Gehilfenchaft zu den getroffenen Abmachungen bereits ihre Zustimmung gegeben haben und in Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse erklärt die Versammlung ihr Einverständnis zu diesen Vereinbarungen. Dies geschieht jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die hiesige Prinzipalpartei die Einführung des neuen Tarifes in loyalere Weise handhabt, als dies im Jahre 1902 geschah, und ferner denjenigen Gehilfen, welche infolge ihrer technischen Qualifikation bei der Tarifeinführung mehr denn 3 Mk. über das jetzige Minimum beziehen, auch eine entsprechende Zulage gewährt wird.“ Ein Schlusswort des Kollegen Engelbrecht, das die Versammelten ermächtigt, zu allen Zeiten fest zusammenzutreten, jederzeit bereit, dem Rufe zu folgen, schloß mit einem brausend aufgenommenen Hoch die Kundgebung, die für Leipziger Buchdrucker zu den bedeutendsten unter den Bedeutendsten mitgeführt.

r. München. (Maschinenseher-Klub). In der Versammlung vom 14. Oktober wurde der neue Segmaschiffentarif einer mehrstündigen eingehenden Kritik unterzogen und gelangte, nach Ablehnung der Berliner und Stuttgarter Resolution, folgende Resolution zur Annahme: „Die heute Sonntag, 14. Oktober, stattgefundenen, vollständig besuchte Maschinenseher-Versammlung bringt zum Ausdruck, daß speziell diese Sparte bei den diesmaligen Tarifverhandlungen wesentliche Verschlechterungen zugebacht erhielt. Was für die Allgemeinheit im kleinen nichtdürftigen errungen wurde ist den Maschinensehern im großen genommen worden. Ist die Affordarbeit, vom allgemeinen Standpunkte der Arbeiterchaft aus betrachtet, schon als Mordarbeit zu bezeichnen, so trifft dies noch viel mehr, infolge der aufreißenden, nervengerrütenden Arbeit, bei Einführung des Berechnens an den Segmaschiffen zu. Die Münchener Maschinenseher geben sich deshalb der sichern Erwartung hin, daß die Herren Prinzipale und Geschäftsführer bei Prüfung dieser hochwichtigen Frage einseitig genug sind und das Berechnen an den Segmaschiffen, das außerdem noch viele entsetzliche Mißheiligkeiten mit dem Personale in sich bergen dürfte, nicht zur Einführung bringen. Bezüglich der zehnpromzentigen Lohnerhöhung erwarten die Münchener Maschinenseher, daß sie infolge ihrer anstrengenden Arbeitsweise ohne Unterschied ihres jetzigen Lohnes ebenfalls dieser Lohnerhöhung teilhaftig werden.“

Rundschau.

Der Reichstagsabgeordnete Karl Frohne hielt am 17. Oktober in einer Delegiertenversammlung des Hamburg-Altonaer Gewerkschaftsartikels einen Vortrag über „Tarifverträge“. Besonders interessant war für die Buchdruckerdelegierten das von großer Sachkenntnis und strengster Objektivität getragene Referat schon allein deshalb, weil der Vortrag sich eingehend mit der Geschichte unserer Tarifverträge beschäftigte. Er bezeichnete das Buchdruckergewerbe als Wachstumsgebiet auf dem Gebiete dieser Verträge. Eingehend auf unsere neuen Tarif waren seine diesbezüglichen Ausführungen eine warme Anerkennung der seitens unserer Vertreter in Berlin geleisteten Arbeit. Er sagte wörtlich, „daß wohl Meinungsdivergenzen über den neuen Tarif vorherzusehen könnten, daß dieselben aber nicht soweit gehen dürften, das Erzeugnisse zu gefährden sowie die Organisation in ihrem Wirken zu erschüttern. Den Organisationsvertrag könne man wohl in einzelnen kritisieren, aber er sei unter allen Umständen eine hervorragende sozialpolitische Leistung, eine ganz bedeutungsvolle Errungenschaft.“ Des weitern beschäftigte sich

Redner mit der Affordarbeit. Er sagte u. a. „daß diese nicht aus der Welt geschafft werde durch die übliche Arbeitsart, Affordarbeit ist Mordarbeit“. Denn dieses Arbeitssystem kommt immer mehr in Geltung. Man könne hier nicht einfach schablonisieren. Der Zeitlohn könne auch Mordarbeit bedeuten, zumal, da er meistens die Pensumleistung in sich schließt. So sei es denn keine seltene Erscheinung, daß für niedrigeren Zeitlohn genau so viel geleistet werden müsse wie für den höheren Stücklohn. Die Gewerkschaften hätten sich mit dieser Tatsache abzufinden und die Affordarbeit rechtlich zu normieren!“

Genen den Organisationsvertrag erklärte sich die Innung Dresdener Buchdruckervereiner in ihrer Versammlung am 16. Oktober. In einer angenommenen und an das Tarifamt, die Leitung des Prinzipalvereins usw. versandten Resolution wird der Vertrag als eine „das ganze deutsche Buchdruckergewerbe beeinträchtigende und schädigende“ Maßnahme bezeichnet. Unsere Leser werden sich erinnern, wie vor den Tarifverhandlungen die Dresdener Buchdruckerinnung von sich reden machte mit einer Reihe von Anträgen, die einen ziemlich Schritt nach rückwärts bedeuteten. In Kollegenkreisen schien anfänglich das ausschließliche Begehren der Dresdener Prinzipale Beunruhigung hervorzurufen. Wir glaubten dem am besten begegnen zu können mit der Mahnung, das ungebührliche Begehren der Dresdener Prinzipale nicht ernst zu nehmen, daraus könne absolut nichts werden. Da es nun so gekommen ist, wie wir voraussetzten, so kann man den durch die Ablehnung des Organisationsvertrages bezeugten Unmut nur begreiflich finden. In die Wagschale fällt diese Stellungnahme ebensovienig wie das vorjährige fromme Wünschen. Jedoch nach einer andern Seite ist diese Nachricht aus Dresden sehr interessant. Das Blatt, welches sich das Leipziger Parteiorgan nennt, für die Interessen der Gewerkschaften aber ebenso zweifelhaftes leistet als die „Einigkeit“ der Sozialisten, meinte in einer seiner Mannbullen gegen den neuen Tarifvertrag, daß selbstverständlich die Buchdruckerinnungen den Organisationsvertrag mit geschmachten Händen annehmen würden, liefere er ihnen doch den großen Verband völlig aus. Die Weisheitsräte in der Lauchaerstraße müssen sich nun aber von den Dresdener Buchdruckerinnungen sagen lassen, daß der Vertrag das ganze Gewerbe beeinträchtigt und schädigt! Doch auch das wird die unentwegten Hüter und Verfechter des lautersten Klassenbewußtseins nicht abhalten, weiter so dumm und dreckig wie nur denkbar gegen eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit der Buchdrucker zu schreiben — weil der Haß seine Befriedigung finden muß.

„Zur Attacke, marsch, marsch!“ schallt es jetzt im „Typograph“. Der Sturm der Abberitan gilt dem Organisationszwänge. Die närrischen Gemengroße appellieren sogar an die Unterwürfung — der Gewerkschaften bei diesem „heiligen“ Kampfe. Erst in einem Nachhabe wenden sie sich an die Christlichen in speziellen. Na, im Dummheiten machen ist der Gutenbergbund von jeher ebenso groß gewesen wie in seinem Hauptfache: dem Arbeiterverrat. Zeigt es nicht von einer überwältigenden Logik, wenn eingangs von einem Vertrage zugunsten des „sozialdemokratischen“ Buchdruckerverbandes gesprochen wird und dann aller Augenblicke, wie in einem Konjunktiv das Leitmotiv, die Phrase von dem sozialdemokratischen resp. sozialistischen Verbands wiederkehrt, wenn dann also zum Schlusse die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften gegen den „sozialdemokratischen“ Buchdruckerverband zum Kampfe aufgerufen werden? Dergleichen logische Selbstverleugungen kommen in der neuesten Nummer des Organs für den auch bei den diesmaligen Tarifverhandlungen wiederum desqualifizierten Gutenbergbund gleich in Masse vor. Nicht zuletzt jedenfalls deshalb, weil der als Buchdrucker wie als Artikelverreiber ebenso unergründliche wie unbrauchbare Hossäß wieder eine Fuhre seines Festesbürgers abladen durfte. Wir können den hündlerischen Vrovas nur sagen, daß ihr Zeug „diesseits“ nur Sachsalven auslöst.

Tilles Freunde, welche in ihren Propagandadruckereien mit erstaunlicher Dreistigkeit von sich behaupten, auch sie wollen den Buchdruckergehilfen auskömmlichen Lohn und angemessene Arbeitszeit gewähren, sind in natura nichts anderes als eifrige Förderer der Schuferei bis in die Puppen, für die dann ein Trinkgeld gegeben, aber keine wirkliche Lohnerhöhung bezahlung geleistet wird. Die Firma August Spieß in Malstatt-Burbach, neben Hausen & Co. in Saarbrücken die Herstellerin der Tilleschen Scharfmaderitaden, hat wegen regelmäßigen Arbeitens an den Sonntagvormittagen 30 Mk. Strafe bezahlen müssen. Offenlich widmen die Gewerbeinspektoren den Tarifreien dauern ihre Aufmerksamkeit, die Staatskasse würde dabei gute Geschäfte machen.

Einen schlechten Trost konnte ein Kollege aus Galizien, der in Ernt Konditionen, aus einem Prozesse vor dem dortigen Gewerbegericht mit nach Hause nehmen. Auf Anordnung der Polizei hatte sein Prinzipal ihn ohne Kündigung entlassen. Die Polizei berief sich auf eine Verfügung des Ministeriums des Innern, welche die dauernde Beschäftigung von Galizien unterlagt. Das Gewerbegericht sprach den auf Zahlung des Lohnes für 14 Tage beflagten Buchdruckermeister frei und vernichtete den Kläger auf den Weg der Schadenersatzklage gegen die Erfurter Polizeibehörde! Dabei kommt natürlich gar nichts heraus, obwohl unrer Meinung nach die Polizei den Druckermeister nicht zur sofortigen Entlassung zwingen konnte. Fraglich erscheint auch, ob die ministerielle Verfügung überhaupt auf Einzelbeschäftigung solcher Ausländer anwendbar ist.

Die Buchdruckerfachschule in Hannover wird am 4. November durch einen besondern Aktus eröffnet werden. Es wird eine vollständige Sehereinrichtung und weiter eine König & Bauer'sche Schnellpresse sowie eine Königtiegelgedrucke vorhanden sein.

Das „Journal für Buchdruckerkunst“ ist in den Verlag der Firma J. Unverdorben & Co. übergegangen. Auch als Redakteur zeichnet nicht mehr Otto Schlottke, sondern J. Unverdorben.

Ein schwerer Junge stand in der Person des erst 23 Jahre alten Buchdruckers Ernst Richard Dörfler aus Leipzig vor dem Leipziger Landgerichte. Nicht vollendete und ein verachteter Einbruch waren die Veranlassung, wegen welcher Dörfler mit noch zwei Kompagnons den Weg in den Gerichtssaal antreten mußte. Da der „Kollege“ Dörfler als der Mäurerhauptmann angesehen werden mußte, fanden seine Verdienste eine entsprechende Berücksichtigung, nämlich fünf Jahre und sechs Monate Gefängnis.

Weltmeisterschafts Linotypeseher! In der „Buchdruckernoch“ lesen wir: „Der unläuglich von uns berichtete Anspruch des Linotypesehers Charles A. Nichols in East Lake City, auf Grund seiner Stundenleistung von 20000 Buchstaben als Weltmeisterschafts Linotypeseher anerkannt zu werden, wird von W. S. Stubbs, dem bisherigen Inhaber dieses Titels und Besitzer der entsprechenden Ehrenmedaillen, im Septemberhefte des Inland Printer, energig bekämpft. Er behauptet (was wir als wahrscheinlich andeuten), daß N. nicht konfessionen Satz, sondern Monoparallele auf größter Regel gesetzt habe, und daß ihm außerdem der übliche „Spec“, d. h. die Rubriken, Schlußlinien usw., die mit ihren splendiden Zwischenstrichen dem berechnenden Seher nach Raum bezahlt werden, zugerechnet worden seien. Auch fehle jede beglaubigte Angabe dafür, ob N. das Manuscript, wie üblich, vom Metreer geholt, oder ob es ihm — vielleicht in ausgedehnter guten Stücken — an die Maschine gebracht und der fertige Satz ihm abgeholt worden sei. Stubbs habe dagegen am 3. Oktober 1899 bei einem Wettseher in Philadelphia vor zahlreichen Zeugen und unter erschweren Bedingungen (kontrap, ohne jede Hilfe, einschließig Korrekturen) in 5 Stunden und 33 Minuten 66717 Gms oder 12021 Gms pro Stunde gesetzt, eine Leistung, die ihm bisher noch niemand nachgemacht habe. Er sei jederzeit zu einem neuen Wettseher bereit; solange ihn aber niemand in einem unparteiisch geleiteten Wettkampfe bestehe, gefatte er auch niemand die Annahme des Titels „Weltmeisterschafts Linotypeseher“. Ist es nicht ein starkes Stückchen, daß zwei amerikanische Maschinenseher wie ein paar Leberpokmenschen sich um einen leeren Titel in der Druckpresse tagbalgen? Was die Segmaschiffenfabriken an Reklamereformen fertig bringen, haben wir an dem in der vorigen Nummer gezeigten Beispiele unfernen Lesern vergegenständlich. Frielesang, wie die Weltmeisterschafts Seherer usw., sind natürlich bares Geld für die Segmaschiffenfabriken. Der in Amerika unter den Maschinensehern grassierende Unfug birgt aber erstreckungsweise keine Anstehungsgefahr für unsere deutschen Seherkollegen der Maschine.

In Tirol erscheint jetzt eine Zeitung für Geisteskrante, die „Mauer-Dehlinger Anstaltszeitung“. Das Blatt wird von Geisteskranten redigiert, gesetzt und gedruckt.

Die Londoner „Times“ sind in einen Streit mit den Verlagsbuchhändlern geraten. Angefichts der verbilligten Zeitungen vermochte sich das Blatt von Welter, dessen einzelne Nummer 3 Pence kostet, kaum zu halten. Dieser Grund mag dazu geführt haben, daß die „Times“ einen „Buchklub“ eröffneten, der jedem Abonnenten des Blattes nicht nur die kostenfreie Lektüre jedes neu erscheinenden Buches, sondern auch den Erwerb dieser Bücher zu bedeutend geringem Preise ermöglicht, als die Verlagsbuchhändler verlangen. Diese letzteren beschloßen zunächst, bei allen Verkäufen an die „Times“ den vollen Nominalpreis der Bücher zu verlangen. Die „Times“ erklärten ihrerseits, trotzdem die Bücher an ihre Klubmitglieder zu billigeren Preisen herauszugeben zu wollen. Sie behaupten, dadurch die Verlagsbuchhändler zu vernünftigeren Preisen zu zwingen und dem Verfasser und dem Publikum zu dienen. Eine Versammlung des Vereins der Verlagsbuchhändler erklärte darauf, den Kampf gegen die „Times“ aufzunehmen. Es wurde nicht bekannt gegeben, in welcher Weise dieser Kampf geführt werden solle, doch wird man in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Verlagsbuchhändler von jetzt ab den „Times“ ihre Annoncen entziehen werden. Wie lange das Blatt einen solchen Kampf aushalten wird, hängt von der Stellungnahme des Publikums ab. Wenn der Wucher der „Times“ durch diesen Streit stark anschwillt, kann die Zeitung als Siegerin aus dem Kampfe hervorgehen. Verhält sich das Publikum gleichgültig, so würden unsere Grachten die Verlagsbuchhändler den Sieg davontragen.

Nicht fatal für die Scharfmaderblätter in der Arbeiterpresse ist die Haltung der Gewerbetreibenden. Nachdem man sich unter Vorantritt der Oberhofmarschallin für innern und äußern Standal, der „Leipziger Volkszeitung“, nach Herzenslust über die harmoniedulles, mit dem Kapital Frieden schließende Buchdrucker „ausgeschleimt und der aufstrebenden übrigen Arbeiterchaft weh zu machen versuchte, daß das, was die Buchdrucker auf dem Verhandlungswege erreicht haben, nicht nur nichts ist, sondern sogar einen Aufschwung ins Gesicht der Arbeiterklasse bedeutet, muß man nun doch etwas sagen zu der Bergarbeiterbewegung. Das ist aber schwer. Was bleibt zu sagen, da man doch schon alle Entlastung auf die Buchdruckerunternehmer herniederlassen ließ, alle

Superlative gegen die Buchdrucker schon vergeudet hat? Deshalb wird der einem wirklichen Faustschlage für die gesamte Arbeiterbewegung gleichkommende Standpunkt der Grubenbarone: Wir verhandeln nicht mit den Organisationen, mit ein paar krafllosen Schlagworten abgetan. Und was weiß die „Leipziger Volkszeitung“ zu der einfach standalösen Provokation der Zwickauer Begebenheiten zu sagen, welche die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der Unföndigung, daß auf der einen Grube statt der Rehn- die Gf- und auf einer andern statt der Gf- die Zwölftstundenfrist eingeführt wird, beantworteten? Mit wenigen Zeilen wird die Gese erledigt: Die Grubenunternehmer wollen „keine friedliche Verfündigung“, sondern den Kampf usw. Ueber die bei den Buchdruckern erzielte friedliche Verfündigung ergiebt sich aber aus der „Leipziger Volkszeitung“ eine wahre Schlammflut übersten Urates. Es braucht sich nur um Buchdrucker bei der „Leipziger Volkszeitung“ zu handeln, dann pfeift es aus einem andern Loche...

Die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch die Arbeitswilligen nimmt, weil noch nicht einmal an den gemeingefährlichen Subjekten ein warnendes Gempel statuiert worden ist, in immer bedenklicherem Maße zu. Nachdem kürzlich ein Stettiner Hafnarbeiter von einem Streikbrecher durch einen Revolvererschuß schwer verletzt worden ist, der Arbeitswillige aber wiederum auf freiem Fuße belassen wurde, ist nun ein Unternehmer, ein Bauunternehmer in Lechhausen, das Opfer eines solchen Wurfes geworden. Als jener nämlich einen Streikbrecher wegen einer Ungehörigkeit zur Rede stellte, rannte ihm der Herr Arbeitswillige ohne viel Umstände das Messer tief in den Körper. Tödtlich verletzt wurde der Bauunternehmer von seinem Bau, auf dem er allein „Herr“ sein wollte, in eine Klinik gebracht, wo er halb seinen Verletzungen erlag. Nun braucht noch ein Schutzmann von so einem Kerl über den Hausen gerannt zu werden, dann faßt man die Herren Streikbrecher vielleicht etwas anders an.

Eingänge.

Max Schmitz, die bekannte Kunsthandlung in Leipzig-Rudnick, Kronprinzstraße 19, hat der Kollegenschaft einen wesentlichen Dienst erwiesen, indem sie den Preis für die beiden Wandteller: Gutenbergporträt und Buchdruckerwappen (mit dem Namen des Verbandes in Schilde) von 2,50 Mk. auf 1,50 Mk. pro Stück herabsetzte. Dieser ebenso elegante wie künstlerisch vornehme Zimmergeschmuck wird nun wohl bald in jedes Buchdruckerheim seinen Einzug halten und zu Geschenkzwecken ein sehr begehrter Artikel werden: Der Preis ist nicht nur

äußerst wohlfeil, sondern ein für dergleichen Schmuckgegenstände direkt niedrig zu nennender.

Briefkastey.

C. Sch. in Karlsruhe: Wird aufgenommen. Besten Gruß! — H. Sch. in SaarLouis: 1. Senden Sie alles Material ein. 2. Wird wie „R“ gesprochen. Gruß! — U. B. in Unklam: Nein. — G. B. in Wiesbaden: Ihr Bericht kam des lebhaftesten Stoffandranges wegen so spät zum Abdruck. So viel sollte man doch in dortigen Kollegenkreisen einsehen, daß Unmögliches auch von uns nicht verlangt werden kann. Gruß! — y. in Düsseldorf: Anonymus wird nicht aufgenommen. — G. P. in Eisenach: Jurzeit nicht geeignet. Solche Artikel erscheinen am besten kurz vor einer Generalversammlung des Verbandes. Gruß! — E. in Frankfurt a. M.: 8 Mk. — C. R. in Kiel: Sind in Nr. 121 des „Korr.“ enthalten. — B. in Regensburg: 7,05 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I. Bezirk **Benthen** (D.-Schl.). Der Schweizerdegen Otto Wiesner wird aufgefordert, seine acht Beiträge (vier von Rhybnit und vier von Königsbütte) bald einzuliefern zu wollen, da im Nichtzahlungsfalle Antrag auf Ausschluß gestellt wird.

Königsberg i. Pr. Der Schweizerdegen Felix Rich. Reim, geboren in Kempen, wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen beim Kassierer D. Osterode, Casselein, Rechte Straße 121, III, zu melden, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Reiße. Der Drucker (Schweizerdegen) Rud. Hauser aus Gahlitz a. N. (Hauptbuchnummer 34963), zuletzt in Stodach in Baden, wird dringend ersucht, seine Reste umgehend an Gg. Woywod, Kaiserstraße 8, einzuliefern, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die Herren Kassierer usw. werden freundlichst ersucht, den Kollegen darauf aufmerksam zu machen.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Nachen** die Seher 1. Karl Morasch, geb. in Elberfeld 1872, ausgel. das. 1888; 2. Subert Herf, geb. in Verlautenheide 1884, ausgel. in Nachen 1902; 3. der Drucker Jakob Gmmerich, geb. in Nachen 1887, ausgel. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Andr. Wilms, Malberstraße 55.

In **Brandenburg a. H.** der Seher Hans Salomon, geb. in Berlin 1875, ausgel. das. 1894; war schon Mitglied. — Albert Schulenburg, Neuenburgerstraße 436.

In **Buchach** der Seher Ludwig Rapp, geb. in Neudorf bei Buchach 1884, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — H. Solkan in Gießen, Schulstr. 11, II.

In **Reck** der Seher Karl Rath, geb. in Lützenburg 1875, ausgel. das. 1894; war schon Mitglied. — In **Marne** der Seher Wilh. Klemme, geb. in Hannover 1888, ausgel. in Hameln (Hannover) 1906; war noch nicht Mitglied. — In **Schleswig** der Seher Wilhelm Wulf, geb. in Badlitzun (Kr. Lönbern) 1874, ausgel. in Tellingstedt 1894; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34, p.

In **Meß** der Seher Andreas Wanderer, geb. in Saargemünd 1884, ausgel. das. 1902; war schon Mitglied. — H. Bödden, Gutstraße 1.

Versammlungskalender.

- Aachen.** Bezirksversammlung Sonntag den 4. November in Aachen. — Anträge sind bis zum 25. Oktober an den Vorsitzenden Andr. Wilms einzuliefern. Alles Nähere durch die Kurier.
- Auerbach-Elfeld-Galkenhein.** Versammlung Sonnabend den 27. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bergkeller“ in Elfeld.
- Detmold.** Versammlung Sonnabend den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinslokal (Restaurant Kottelstroth), Obere Straße.
- Dresden.** Maschinenfabrikerversammlung Sonntag den 28. Oktober bei Adam Kaufbachstraße.
- Essen.** Versammlung Sonnabend den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus“.
- Fürstentum.** Versammlung heute Donnerstag den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der „Schloßkellerei“.
- Gera.** Außerordentliche Versammlung Sonnabend den 27. Oktober, präzis 8 1/2 Uhr abends, im Etablissement Leipzig, Leipzigerstraße.
- Görlitz.** Versammlung Sonnabend den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Felsenkeller“, Sonnenstraße.
- Großh.-Hagen.** Versammlung Sonntag den 28. Oktober, vormittags präzis 10 Uhr, im Vereinslokal Restaurant Trotte-Großh. (oberes Zimmer).
- Halberstadt.** Versammlung Sonnabend den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Hamburg-Altona.** Vorkommensversammlung Sonntag den 28. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal, Kaiser Wilhelmstraße 77.
- Hann a. M.** Bezirksversammlung Sonntag den 28. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Stadt Bremen“.
- Köslin.** Außerordentliche Versammlung Sonntag den 11. November. Anträge sind bis spätestens den 20. Oktober einzuliefern.
- Münchberg.** Schriftführer, Stereotypen- und Galvanoplastikerversammlung Sonntag den 28. Oktober, vormittags 9 Uhr, im „Englischen Hof“, Nordere Fischergasse.

Schriftgießer

findet Kondition bei
W. Sürenstein,
Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Erstklassige Schriftgießer

finden an der Komplettschneidmaschine dauernde Kondition.
Eduard & Mayer, Frankfurt a. M.

Galvanoplastiker

für Prägen und Abdecken für sofort gesucht
dauernde Stellung bei
J. Ch. Janke in Nürnberg.

Ein tüchtiger und geschickter

Stempelschneider

kann sofort bei mir eintreten.
W. Rirkwood jr., Schriftschneiderbet.,
Frankfurt a. M.

Eidliche

Stempelschneider und Zenggraveure

finden sofort oder später bei hohem Lohne dauernde Stellung.
S. Georgi, Stempelschneiderei, Offenbach a. M.

Jüngeren

Stempelschneider

Bei gutem Lohne sucht Ferd. Schreiner,
Schriftgießer, Berlin, Schöneberg, Neuriga-
straße 55B.

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdrucker-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekt sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

Um vollständige Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ bestimmten Geschäftsungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an Konrad Gähler adressieren.

Ortsverein Duisburg. M. G. V. Graphia.

Sonntag den 27. Oktober, abends 9 Uhr, im Etablissement „Getreidebühne“, Königstraße 73, direkt am Bahnhofe.

Gemeinsames Stiftungsfest.

25jähriges Verbandsjubiläum der Kollegen Friedrich Korbmayer und Emil Gödel. Lokal- und Instrumentalkonzert. * Theater. * Variet. * Tanztränchen. Die Kollegen benachbarter Druckere sind herzlich willkommen. [12]

Schriftgießer-, Stereotypen- und Galvanoplastikervereinigung Nordbayerns.

Sonntag den 28. Oktober, vormittags 9 Uhr, wird in Nürnberg, Restaurant „Englischer Hof“, Nordere Fischgasse, die

Zweite Ordentliche Generalversammlung

abgehalten mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Bericht des Kassierers; 3. Situationsberichte der auswärtigen Delegierten; 4. Die Tarifrevision 1906; 5. Vorstandswahl; 6. Allenfallige Anträge; 7. Verschiedenes. In Anknüpfung an die Generalversammlung findet nachmittags 2 Uhr Besichtigung und Führung der neuen Matrizenmaschinen im Etablissement Mauer & Schneider statt. Wir laden unsere verehrlichen Mitglieder freundlichst ein, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Zugleich sei auf § 6 uneres Statutes verwiesen. Der Vorstand. [16]

Anhänger.

Zweiseitig mit Gutenberg und Wappen mit Inschrift: „Verband der Deutschen Buchdrucker.“ [8]

Weissmetall . . .	0,80 Mk.	Nur vorrätig in:	
Metall vergoldet 0,80 „		Amerikan. Doublé	1,75
Silber	1,25 „	Echt Silberdoublé	2,50
Echt Silberdoublé	1,75 „		

Max Schmitz, Kunsthandlung,
Leipzig-R., Kronprinzstrasse No. 19.
Wo noch nicht vorhanden, Vertreter gesucht!



Fassung c.



Fassung d.

Die Sitzung des Tarifausschusses vom 30. September, in welcher die Grundpositionen des Tarifes beraten wurden, zeigt ein prächtiges Bild in dem soeben erschienenen „Saisonheft“ der „Typogr. Jahrbücher“. Ausserdem bringt das Heft etwa 40 prächtig ausgeführte Kunstbelagen. Preis 50 Pf. im Abonnement, ausser Abonnement 1 Mk. Alle Buchhandlungen und Vertreter nehmen Bestellungen entgegen.

Flensburg. Sonnabend den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: Bericht des Geschäftverwalters Ad. Demuth in Hamburg über die Tarifverhandlungen. Die Kollegen der Umgebung sind zur Teilnahme eingeladen. [194]

Lübeck. Sonnabend den 27. Oktober, abends 9 1/2 Uhr: Monatsversammlung im Vereinslokal „Kriegerwetter's Kaffeehaus“, Mühlentstraße. Tagesordnung: Mitteilungen; Lokalaufsatz; allgemeine Vereinsangelegenheiten. [19]

Korrektorenverein Hamburg-Altona. Versammlung.

Sonntag, 28. Oktober, vormittags präzis 11 Uhr, im Vereinslokal, Kaiser Wilhelmstraße 77. Korrektoren als Gäste willkommen. Der Vorstand. [18]

Von Julius Mäser, Leipzig-R., verlange man: **Der Faktor.** Hilfsbuch für Faktore und solche, die es werden wollen. Preis geb. 4 Mk. — Der Inhalt des Buches erstreckt sich auf die Funktionen des Faktors, gleichzeitig bringt das Buch wertvolle Winke bei An- und Verkauf von Druckereien. [10]

Wer das Buch:

Blut und Nerven Grundsteine und Capfeiler der Gesundheit

gesehen hat und die darin empfohlenen Erziehungsmittel der täglichen Nahrung beizubringen und bleibt gesund! [900]

Jeder, der sich **stark und munt** fühlt, **gesund und energiegel** ist, wird **Trost** und den Weg zur **Heilung** finden. Gegen **Nachnahme** oder **Einsendung** von 1,10 Mark zu beziehen von der **Verlagsbuchhandlung Groß & Schauenburg in Lahr i. B.**

Am 10. Oktober verschied nach dreimonatiger Krankheit unser Kollege
Karl Siebert
im Alter von 37 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Berlin, den 20. Oktober 1906. [14]
Die Kollegen der Druckerei v. Holten.

Nach langem, schwerem Leiden verschied hier am 21. Oktober unser lieber Kollege, der Setzer
Hans Kudla
aus Altendorf. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der
Bezirksverein Kassel. [20]

Offertendriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des „Korr.“ (Konrad Gähler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertendriefe ohne Freimarke können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des „Korr.“